

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonntagen und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei fortw. Zustellung ins Haus für Ostpreußen oder bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 2,50 Mk., bei Zustellung unter Postporto 4,50 Mk. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachmittags- und Postzeitungen für 1919 eingetragen.

Interests kosten bis 10 Uhr nachmittags, danach bis 12 Uhr Mittags, 1,20 Mk., nachmittags bis 10 Uhr, 1,50 Mk., abends 2,00 Mk. Tageszeitung 30 Pfg. Sonntags- und Feiertagsausgaben sind der Zustellung frei. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen (siehe Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19).
Herausgeber: Amt Norden 2895 und 2896

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor der Annahme der Friedensbedingungen.

Die Annahme der Friedensbedingungen unausweichlich.

Die aus Weimar vorliegenden Meldungen über die Haltung der Nationalversammlung sind widersprüchlich. Das dort herrschende Chaos hat bisher eine völlige Klärung der Lage verhindert. Trotzdem zeigt die Abstimmung des Zentrums, wie sie offiziell gemeldet wird, daß der größte Teil des Zentrums für die Annahme der Friedensbedingungen eintritt. Die von ihm aber an das Reichspräsidentenamt geknüpften Bedingungen können und dürfen nicht aufrecht erhalten bleiben. Es wäre eine Friedensbedingung, die eine Provokation der Massen, die unabsehbare Folgen haben könnte, wenn die Unterzeichnung des Friedensvertrages daran scheitern würde, daß in diesen Bedingungen noch immer nicht einsehbar wird, daß das Schicksal des Reiches für das deutsche Volk in höchstem Maße gefährdet ist.

Die bisherigen Probeabstimmungen aber zeigen bereits, daß die Annahme der Friedensbedingungen nicht ausbleiben kann. Das Entscheidende für die augenblickliche Bewertung der Lage ist die Abstimmung der Rechtssozialisten. Die Abstimmung der Fraktion, die eine sozialistische Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedensvertrages erheben hat, hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Arbeiterklasse geschlossen und ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit für die Unterzeichnung des Friedens eintritt und jede Möglichkeit eines neuen Krieges weit von sich weist. Es ist deshalb zu erwarten, daß auch die endgültige Abstimmung das Ergebnis für die Annahme der Friedensbedingungen sich noch günstiger gestalten wird.

Die Abstimmung der Rechtssozialisten aber zeigt auch, daß selbst in ihren Reihen die Politik der Unabhängigen Parteien einen vollständigen Sieg errungen hat. Jetzt müssen auch diese Kreise anerkennen, daß die von uns jetzt geforderte Unterzeichnung des Friedensvertrages die einzige mögliche Lösung darstellt.

Wer durch die Haltung der Regierung ist die Regierungskrise unausweichlich geworden. Nichts kann die Regierung, die ein so freiblattes Spiel mit den Interessen der Arbeiterklasse getrieben hat, in ihrer jetzigen Zusammenfassung mehr retten. Das Chaos, in das wir durch ihre Politik hineingetrieben worden sind, fordert gebieterisch ihre Neubildung. Sie kann nur in einer Weise erfolgen, die die Annahme der Friedensbedingungen vollkommen sichergestellt. Die Arbeiterklasse, die in dieser Frage vollkommen einig ist, will kein Abenteuer und keine Zweideutigkeit.

Das Chaos in Weimar.

Privattelegramm der 'Freiheit'.

Weimar, 19. Juni.

Die heutigen Sitzungen der Fraktionen der Reichsparteien brachten große Überraschungen: Die Unabhängigen Sozialdemokraten, von denen bisher etwa 20 in Privatgesprächen für das Unterschreiben waren, haben mit 55 gegen 8 Stimmen beschlossen, gegen das Unterschreiben des Friedensvertrages zu stimmen. Das geschah unter dem Eindruck einer Rede von Professor Schilling, den die Welt bisher für einen Pazifisten gehalten hat.

Im Zentrum stimmte eine große Mehrheit gegen den Antrag Erzberger, bedingungslos zu unterschreiben. Diese Zentrumskreise entschlossen sich zur Ablehnung hauptsächlich deshalb, weil sie gegen die Auslieferung Wilhelms II. und der anderen Haupttäter am Krieg sind.

Bei den Rechtssozialisten stimmten etwa zwei Drittel (75 : 39) für die Annahme des Vertrages, nachdem Landberg gegen die Annahme und Koste dafür gesprochen und Scheibemann seinen Schwauengesang schalten hatte. Die erstaunliche Tatsache, daß sich fast 40 Rechtssozialisten gegen das Unterschreiben sind, ist darauf zurückzuführen, daß alle rechtssozialistischen Frauen in der Fraktion gegen die Annahme des Friedensvertrages stimmten.

Unter solchen Umständen ist augenblicklich — es handelt sich nur um Probeabstimmungen — eine große Mehrheit gegen die Annahme des Entente-Plattforms in der Nationalversammlung vorhanden.

Bei diesem Ergebnis ist aber den meisten Abgeordneten sehr äbel zumute und es wird schon wieder an einer Revision dieser vorläufigen Beschlüsse gearbeitet. Die Rechtssozialisten sind zu einer Modifikation zusammengesetzten. Die Fraktionsführer der übrigen Fraktionen haben sich zu dem alten Reichstag her berückichtigten interfraktionellen Sitzung zusammengesetzt.

Das Chaos, das augenblicklich herrscht, wird noch vermehrt dadurch, daß einige der heute niedergeschickten Minister entschlossen sind, aus dem Kabinett auszuschreiben. Während am Vormittag die Hälfte der Minister vor der Demission stand, weil die Majorität im Kabinett gegen das Unterschreiben ist, gibt es jetzt eine Kabinettskrise von links, weil die Majorität der Nationalversammlung nicht unterschreiben will. Die Verwirrung ist vollkommen. Die Abgeordneten der unabhängigen Sozialdemokratie können diesem Intrigenspiel nur beifügen zusehen.

Die Probeabstimmungen der Parteien.

Aus Weimar meldet B. L. D.:

Die Fraktion der deutschen demokratischen Partei nahm heute abend eine provisorische Abstimmung vor. Von 66 anwesenden Mitgliedern stimmten 8 bedingt, einer unbedingt für Unterzeichnung des Vertrages, die anderen dagegen.

Die deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung hat einstimmig beschlossen, den Friedensvertrag abzulehnen.

Die Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung hat heute nachmittags in einer längeren Sitzung nochmals eingehend ihre Stellung zum Friedensvertrag beraten und am Schluß derselben mit einer Vierfünftel-Majorität sich für Annahme des Friedensvertrages entschieden, ausgenommen die Punkte, welche die Schuld am Krieg und die Ehre der Nation berühren. (Auslieferung Deutscher usw.)

Die Stimmung im Staaten Ausschuss.

Privattelegramm der 'Freiheit'.

Weimar, 19. Juni.

Im Staaten Ausschuss ist die Stimmung geteilt. Die preußischen Minister haben sich gegen das Unterschreiben ausgesprochen, Bayern schwankt, die anderen süddeutschen Staaten sind für Unterschreiben des Vertrages.

Die Sachverständigen gegen die Unterzeichnung.

Weimar, 19. Juni.

Die unterzeichneten durch das Kabinett nach Weimar berufenen finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen, die auch an den Beratungen in Versailles teilnahmen, haben die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen vom 16. Juni 1919 mit den beiden Anlagen einer eingehenden gemeinsamen Prüfung unterzogen.

Sie sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß auch die neuerdings abgegebenen Erklärungen an den ursprünglichen Friedensbedingungen der Gegner nichts Wesentliches geändert haben. Die Sachverständigen sind einstimmig der Überzeugung, daß diese Bedingungen unerfüllbar sind und den völligen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands herbeiführen müssen. Sie empfehlen daher dem Kabinett, die Friedensbedingungen abzulehnen.

geg.: Wilhelm Reulenberg, Louis Degen, Erwald Hilger, Emil Georg v. Staab, Max Warburg, Wilhelm Gans, Philipp Heineken, Georg Luebsen, Franz Urbis, Otto Wicksel, F. O. Wittweil.

Das Schicksal des preußischen Kabinetts.

Das '8 Uhr-Abendblatt' will aus 'maßgebenden' Kreisen folgendes erfahren haben:

Wie erinnerlich hat der preußische Ministerpräsident namens der Regierung sowohl in der historischen Sitzung der Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität wie auch in der preußischen Landesversammlung selbst sich durchaus in dem gleichen Sinne ausgesprochen, wie es Scheidemann und Wert wiederholt getan haben. Trotzdem erscheint uns ein Rücktritt auch der preußischen Regierung nicht unbedingt erforderlich, denn sonst müßten auch die Regierungen fast aller anderen Einzelstaaten, die gleichfalls dem Gewaltfrieden zunächst ein schroffes Unannehmbar entgegengekehrt haben, ihren Landesparlamenten ihre Demission zur Verfügung stellen. Ministerkrisen aber, nicht nur im Reich, sondern auch in sämtlichen Bundesstaaten müßten in diesem kritischen Augenblick die Lage des gesamten Vaterlandes auf's schmerzliche erschüttern.

Erfüllung des Notwendigen.

Zunehmend wieder haben wir den Nachweis geführt, daß der Friedensvertrag aus zwingender sachlicher Notwendigkeit unterschrieben werden muß. Die Gründe, die wir angeführt haben, werden heute weit über die Kreise unserer Partei hinaus vertreten, und die Haltung, die unsere Partei von Anfang an eingenommen hat, muß heute als die einzig richtige anerkannt werden.

Aber selbst diejenigen, die noch bis zum letzten Augenblick sich dem Zwang dieser Beweisführung entziehen wollten, müssen heute erkennen, daß die Unterzeichnung des Friedens aus rein politischen Gründen zur einzigen Möglichkeit geworden ist. Auch sie können nicht mehr leugnen, daß jetzt, wo die Stunde der Entscheidung wirklich da ist, das Friedensbedürfnis der Massen und die Erkenntnis der furchtbaren Konsequenzen, die die Verweigerung der Unterschrift nach sich ziehen muß, mit elementarer Macht sich geltend macht.

Mit Recht sagt die rechtssozialistische Chemnitzer 'Volkstimme', daß eine Volksabstimmung eine große Majorität für den Friedensschluß ergeben würde. Und sicher ist es, daß auch die großen Parteien die Verantwortung für die Ablehnung nicht mehr tragen können und wollen. In der Nationalversammlung dürfte eine Majorität für die Annahme bereits vorhanden sein, und sie wäre noch weitläufiger, wenn die Nationalversammlung noch ein getreues Spiegelbild der wahren Meinung der Wähler wäre. In Wahrheit entspricht das Stärkeverhältnis der Parteien längst nicht mehr dem wirklichen politischen Kräfteverhältnis im Volk. Und es ist insbesondere kein Zweifel, daß das Wort der Unabhängigen Sozialdemokratie, die geschlossen für die Unterzeichnung eintritt, ganz anders ins Gewicht fallen dürfte, als es der geringen Stärke ihrer Fraktion entspricht.

So wächst von Stunde zu Stunde die Aussicht, daß die Krise schließlich mit der Annahme des Friedensvertrages enden wird.

Wir haben die Ablehnung stets für einen Wahnsinn gehalten. Konnte man aber noch begreifen, daß dieser Vorstoß aufstünde, unter der freilich nie vorhandenen Voraussetzung, daß das ganze Volk einmütig und entschlossen sich für eine abenteuerliche Katastrophepolitik zu opfern bereit war, so ist die Verfolgung dieser Politik völlig abgeschossen, da die Mehrheit des Volkes ihren gefährlichen und ausschließlichen Charakter erkannt hat.

Deshalb ist der Beschluß des Kabinetts, der den Friedensvertrag als 'unerträglich und unerfüllbar' bezeichnet, nichtsagend und bedeutungslos. Dieses Kabinett ist bereits hohlrot. Es kann keine Entscheidung mehr treffen, weil es in sich zerrissen ist, und es bleibt ihm nur übrig, zu verschwinden. Es geht an dem Dilettantismus und der Unaufrichtigkeit zugrunde, mit der es die auswärtige Politik betrieben hat, und die einzige seiner Mitglieder dazu gebracht hat, sich auf eine unhaltbare und törichte Politik festzulegen.

Man muß hoffen, daß das Notwendige nun klar und ohne Zögern geschehen wird. Es muß ein Ministerium gebildet werden, das die Notwendigkeit der Unterzeichnung anerkennt, und diese Anerkennung muß offen und ehrlich erfolgen. Wir begreifen das Bedürfnis sehr zahlreicher Politiker, die gerne die Aenderung ihrer Haltung, die nun unvermeidlich geworden ist, irgendwie verdecken möchten, und deshalb nach Kompromissorien suchen. Aber wir meinen, daß dieses Bedürfnis sehr weit hinter den Interessen des deutschen Volkes zurückstehen muß, das den Frieden will und unbedingt braucht. Die Suche nach Formeln darf keine Verzögerung mit sich bringen, insofern deren der kurze Termin nicht eingehalten werden könnte, und die Formel selbst darf keine Unklarheit enthalten, die der Entente den Vorwand böte, sie als Nichtunterzeichnung zu erklären. Alle diese Ausschübe und kleinen Mittelkuren der Parteipolitik sind in dieser ersten und klaren Entscheidung nicht am Blute.

Ganz unerträglich und aufreizend aber ist es, daß wir es bei den Zentrumserörterungen der Fall zu sein scheint, davon die Rede ist, die Schicksalsfrage des deutschen Volkes davon abhängig machen zu wollen, ob Wilhelm II. oder Solten oder auch andere Personen, denen die Entente die Schuld am Kriegsausbruch und an der Härte der Friedensbedingungen zumißt, ausgeliefert werden sollen oder nicht. Die

Herrn mögen sich sehr hüten, solche Fragen auch nur zu berühren. Es wäre Willkür das deutsche Volk zu zwingen, alle Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Nachdem dies unterlassen worden ist, ist dem deutschen Volk das Schicksal dieser Leute, namentlich des flüchtigen Erbkaisers, ziemlich gleichgültig geworden. Aber als unerhörte Provokation mußte es betrachtet werden, wenn die Entscheidung: Krieg oder Frieden? davon berührt würde, was mit Wilhelm und seinen Deuten geschieht. Schon der Gedanke daran, daß dieser Unglücksmanich nochmals auf das Geschick des deutschen Volkes irgendeine einen Einfluß ausüben könnte, weckt zornigen Unmut. Wir möchten den Herren in Weimar dringend raten, mit den Gefühlen des deutschen Volkes nicht ein gefährliches Spiel zu treiben!

Überhaupt täten die Herren gut, wenigstens einmal in der Geschichte der deutschen Parlamente das Notwendige mit Würde und Anstand zu tun. Die breiten Massen des deutschen Volkes vertragen wirklich keine unnötigen Reizungen mehr.

Krise im „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ tritt noch einmal in einem Leitartikel für die Unterzeichnung des Friedens ein und macht dabei die ganz interessante Bemerkung, daß er erwünscht hätte, die Reichsregierung hätte sich nie auf die Formel „Annoncierbar“ eingelassen. Er bestätigt damit, daß diese Formel töricht und schädlich war, weil sie gerade während der Verhandlungen einen scharfen innerpolitischen Kampf provoziert hat.

Dah diese Bemerkung natürlich vor allem gegen Herrn Stamper zielt, der neben Herrn Theodor Wolff die Hauptschuld an dieser unglücklichen Phase der deutschen Regierungspolitik trägt, ist eine sehr hübsche Bifantrie.

Der Gegenüber antwortet Herr Stamper und der gesamten politischen Redaktion des „Vorwärts“ wird dann in zwei Erklärungen offenbart. Herr Stamper stellt fest, daß er mit den Auffassungen der Redaktion nicht übereinstimmt und noch immer seine herkömmliche Stelle machen möchte. Darauf erwidert nun die Redaktion:

„Die politische Redaktion hat in den vergangenen Wochen mit der größten Selbstverleugung ihre Ansicht zurückgehalten, um bei den Unterhandlungen auf keinen Fall die Position unserer Unterhändler zu schwächen. Diese Zurückhaltung wurde ihm um so schwerer gemacht, als Herr Stamper — unter seinem Namen — die Parole der Nichtunterzeichnung mit aller Schärfe verfocht, die den Widerstand des Widerstandenden geradezu herausforderte. Nachdem jetzt durch das Ultimatum der Entente die Situation verändert ist, erheben wir im Augenblick der letzten Entscheidung ein längeres Schweigen nicht möglich. Wir können uns weniger schweigen, als Genosse Stamper erwidert hat, und es werden Direktive, die Haltung des Wortes möglichst vor der Entscheidung nicht festlegen, selber wiederum sofort nach dem Bekanntwerden der Entente in schriftlicher Weise die Nichtunterzeichnung propagiert hat.“

Auf das schließliche für und Wider einzugehen, halten wir im Rahmen dieser Erklärung nicht für möglich. Nur wünschen wir das eine für uns in Anspruch, daß unsere Stellungnahme keineswegs einem Mangel an Mut und Entschlossenheit, sondern schwerwiegenden sachlichen Gründen entspringt.“

Wie nicht die Vermutung nahe, daß die politische Redaktion des „Vorwärts“ vielleicht jetzt bereit ist, sie hätte sehr wohl daran getan, ihre Zurückhaltung schon früher aufzugeben und dem trottesten Treiben ihres Chefs früher Einhalt zu tun?

Die „Kölnische Zeitung“ für Unterzeichnen.

Köln a. Rh., 19. Juni.
Hinsichtlich der Ermüdung über die Unterzeichnung der Friedensbedingungen schreibt die „Kölnische Zeitung“ u. a.: Selbst wenn die Autoritäten, denen wir vorzuziehen müssen, zu der Überzeugung kommen, daß wir nicht unterzeichnen sollten, so verliert trotzdem das über allen anderen Ermüdungen stehende Gebot, Deutschland zu erhalten, daß wir unterzeichnen. Wie ist in der Geschichte des Volkes noch so verzweifelter Ringens, wie das hier und heute, ein Friede ohne Vorbehalt und Einschränkung unterzeichnet werden, Personen deshalb auch wir offen die Wahrheit, sagen und begründen wir, daß nach gewissermaßen Erfüllung aller Pflichten, menschlichen Erwünschtes gemäß, die Aufgaben des Gegners nicht zu erfüllen sind, daß wir aber unterzeichnen in dem ausföhrlichen Bewußtsein, den Bedingungen gerecht zu werden, weil wir nur darin für uns die Möglichkeit sehen, Deutschland zu werksätzigem Leben zu erhalten und für unsere Gegner einen Weg, den dem Besten aufzulegenden Willen nach Möglichkeit zu erfüllen.“

Oder gibt es einen anderen Ausweg? Wir glauben nicht. Man möge sich doch nicht drücken im unbesetzten Gebiet wieder deutschen Träumen hingeben, aus denen man nur mit furchtbaren Enttäuschungen erwachen würde.

So schnell kann man nicht umlernen.

Das demokratische „Leipziger Tageblatt“, das dies Wochen lang sein unbedingtes Komol in die Welt geschmettert hat, schreibt jetzt in der Donnerstagsausgabe:

Wir haben an dieser Stelle schon öfters von einem stillen und wüchserigen Umschwung von Regierung, Volk und Presse gewarnt. Materiell kann man natürlich unter den jetzigen Umständen durchaus verschiedener Meinung sein über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung, denn ein Urteil darüber zu finden ist ungeheuer schwer, und es kann sich immer nur um eine Überzeugung handeln, kaum aber um einen Beweis. Allein, es liegen nun einmal andere Verhältnisse vor, die uns nicht mehr ganz so freie Wahl lassen wie vor vier Wochen: Die deutsche Regierung hat inzwischen mit der denkbaren höchsten Entschlossenheit sich immer wieder dahin ausgesprochen, daß sie Bedingungen, die den ursprünglichen des Ententes im wesentlichen ähnlich bleiben, nicht annehmen würde, und man mußte glauben, daß es ihr damit vollkommen ernst war. Dätten wir gedacht, daß die Regierung innerlich dabei nicht so ganz sicher war, wie es uns auch nach mündlichen Versicherungen, und zwar nicht nur nach ihrem Inhalt, sondern noch mehr nach ihrem Tone scheinen

mußte, so hätten wir von Anfang an aufs dringendste davon abgeraten, sich nach außen heraus festzusetzen, wie es geschehen ist. So viel muß auch heute bei aller Vorsicht ausgesprochen werden. Wenn Mitglieder der Regierung schon damals zweifelhaft waren, dann war die Haltung, die das Kabinett zur Schau trug, falsch. Den Feinden gegenüber hat diese Haltung, wie sich zeigt, doch nichts genützt, im Innern aber hat sie eine vielleicht vorübergehende Sympathie geschaffen, nach der jetzt unter Umständen ein solcher Rückschlag folgen kann, namentlich in den kritischen Augenblicken des Reiches.

Das Blatt verlangt dann, daß die Regierung das Maß über ihren Gefinnungswechsel „aufkläre“. Wir glauben, daß diese „Aufklärung“ nur den einen Erfolg haben kann, daß immer größere Teile des deutschen Volkes erkennen, mit welcher Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit bei uns regiert wird.

Zusammentritt der Nationalversammlung.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Weimar, 19. Juni.

Das Plenum der Nationalversammlung wird morgen des allgemeinen Abends spätestens Sonnabend nachmittag, wahrscheinlich aber erst am Sonntag zusammengetreten.

Bestens nachmittag 4 Uhr wird der Friedensauschuss versammelt werden.

Aufdeckung einer Schwindelmacht.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Weimar, 19. Juni.

Die Sekretärin des Ministers Giesberts, Frau Dornblueth, die nach den offiziellen Mitteilungen der Regierung in Versailles durch Steinwärtz angeblich so schwer verwundet wurde, hat sie nach den weiteren Mitteilungen der Regierung blutüberströmt in den Schlafwagen gebracht werden mußte, ist heute früh wohlbehalten in der Nationalversammlung erschienen. Wir sind gewiß damit einverstanden, daß es Frau Dornblueth wohlgeht, wollen aber an diesem Beispiel wieder einmal demonstrieren, wie es um die Glaubwürdigkeit der Regierungsmänner bestellt ist.

Das Schicksal der Kriegsgefangenen.

Wir erhalten folgende Zuschrift eines Arztes, die wir um so lieber wiedergeben, als sie erneut darauf hinweist, wie notwendig die Unterzeichnung des Friedens auch wegen des Schicksals der Kriegsgefangenen ist:

„Weder bin ich unabhängiger Sozialdemokrat noch spiele ich sonst irgendeine politische Rolle. Die mögliche baldige Befreiung des Friedens liegt mir indessen außer vielen anderen Gründen deshalb schon am Herzen, als ein Bruder von mir 4 1/2 Jahre in französischer Kriegsgefangenschaft schmachtet. Ich erlaube mir, Ihnen meine persönliche Meinung auszusprechen, daß die U. S. D. die einzige Partei ist, die die Kriegsgefangenen in der Forderung der Friedensfrage als Grund zum Unterzeichnen erwählt. Herr Theodor Wolff im Tageblatt z. B. hat in einem Artikel vor kurzem sehr grob artig erklärt, daß dann eben die Kriegsgefangenen durchhalten und noch länger in Gefangenschaft bleiben müßten.“

Ich persönlich bin schon durch diese Frage der U. S. D., die mir auch sonst in vielem nahesteht, ein gewichtiges Stück nähergerückt. Ich würde mich sehr freuen, wenn in Ihrem Blatt nochmals energisch auf die Wichtigkeit eines sofortigen Friedensschlusses für die Kriegsgefangenen hingewiesen wird. Ich zweifle auch nicht, daß bei einer etwaigen Volksabstimmung über die Unterzeichnung die allermeisten Angehörigen der über 1/2 Million Kriegsgefangenen für sofortige Unterzeichnung sein würden.“

Gegen den nationalsozialistischen Wahnsinn!

Der Berliner Tageblatt wird aus Danzig vom 18. Juni gemeldet:

Eine große Erregung hat sich der Danziger Arbeiterschaft bemächtigt infolge der Tatsache, daß das Reichsamt über den Verkauf der Gewehrfabrik und der Artilleriewerkstatt an Privatunternehmer verhandelt, und daß namhafte Mengen der in Danzig gelagerten Heeresgüter von Danzig forttransportiert werden. Gestern und heute abend fanden große Versammlungen der Betriebsarbeiterräte und Angehörigenausschüsse statt, die nach langem, erregtem Erörterungen folgenden Beschluß faßten: „Die Betriebsarbeiterräte beschließen im Verein mit dem Volkswirtschaftsrat, ein eventuelles bewaffnetes Vorgehen der Militärkräfte gegen irgendwelche feindseligen Einmärsch in Westpreußen mit dem allgemeinen Generalstreik zu beantworten.“ Der Vertreter der Reichswehrsozialisten erklärte zu diesem einstimmigen Beschluß, daß auch die Reichswehrsozialisten auf dem gleichen Standpunkt stehen; auch ein Vertreter der Eisenbahner erklärte das volle Einverständnis der Eisenbahner zu diesem Beschluß.

Die Eisenbahnerbewegung in Thüringen.

Das gewalttätige Vorgehen der Regierung gegen die Eisenbahner in Erfurt hat die Eisenbahner und die Beamenschaft veranlaßt, in einen Proteststreik einzutreten. Die Züge nach Weimar konnten zum Teil nicht mehr verkehren. Inzwischen ist eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt worden:

Die am Sonntag als Deserenten und als Präsident der Eisenbahndirektion eingesehten Beamten und Arbeiter treten sofort von ihren Stellen zurück, so daß die abgeleiteten Beamten ihre Stellen wieder übernehmen. Der Minister entsendet einen Kommissar nach Erfurt zur Untersuchung der eroberten Beschwerden und tritt bei der Reichsregierung für die Zurückziehung der Regierungstruppen ein. Die Beamten- und Arbeiterorganisationen leisten dagegen Gewähr für die volle Aufrechterhaltung des Betriebes und sorgen für Ruhe und Ordnung auf der Eisenbahn.

Wittenshausen hat die Eisenbahnerbewegung auch auf Jena übergriffen. Eine hart besetzte Betriebsversammlung hat am Dienstag den Betriebsleiter Jena eines Amtes entlassen. Einen seiner Mitarbeiter traf das gleiche Schicksal. Die Züge auf der Saalebahn, sowie auf der Weimar-Geraer Bahn verkehren am Dienstag nicht. Die Stimmung unter den Eisenbahner und Beamten Großthüringens ist sehr erregt. Es wird ein Weiterstreik der Eisenbahner auf den ganzen Direktionsbezirk Erfurt befürchtet.

Ein Charakter.

In der rechtssozialistischen Presse veröffentlicht Max Cohen eine Antwort an Scheidemann wegen seines hinterlistigen Angriffs auf Cohen auf dem Parteitag. Wir geben aus diesem Artikel einige Stellen wieder, weil sie erkennen lassen, welchen demagogischen Mitteln Scheidemann seinen „Sieg“ auf dem Parteitag verdankt und weil sie ein Schlußlicht auf den halbdunklen politischen Charakter dieses Mannes werfen. Nachdem Cohen darauf verwiesen hat, daß Scheidemann sein Schlüsselwort dazu mißbraucht hat, Anariff gegen ihn zu richten, und anfänglich verweigert hat, zu welcher Zeit Cohen den Schritt bei Dahnshofe unternahm, schreibt er:

„Wie lagen im Oktober 1914 die Dinge? Als damals die Parteileitung sich ohne jeden eigenen Willen und bebingungslos dem famosen Herrn v. Bethmann-Hollweg zur Verfügung gestellt hatte, waren eine ganze Anzahl Berliner Parteigenossen, darunter drei heutige Minister, (die auch, man frage nur den Genossen David, mit meinem damaligen Verhalten einverstanden waren) der Meinung, daß man die Parteileitung vorwärts treiben und wenigstens versuchen müßte, die Vollrechte ohne Verzug zu erweitern. Als besonders dringend wurde eine Reform des elendsten aller Wahlsysteme, das preussische Dreiklassenwahlrecht, erachtet und man war der Meinung, daß es so schnell wie möglich durch ein besseres ersetzt werden müßte. Wenn aber infolge der allgemeinen Haltung und Stellungnahme der Partei damals das vollkommene gleiche Wahlrecht nicht durchzusetzen war, so sollten wenigstens die vollstündlichsten Auswüchse des Dreiklassenwahlrechts schrittweise beseitigt werden. In dieser Situation habe ich die Unterredung mit Herrn Dahnshofe. Ich empfahl ihm auf das allerdringendste, sofort eine möglichst weitgehende Wahlreform zu beschließen. Nach meiner Erinnerung war dabei von konkreten Vorschlägen nicht die Rede, wenn aber von Herrn Dahnshofe das Pluralwahlrecht genannt worden ist, so ist es sehr wohl möglich, daß ich gesagt habe, ein verändertes Pluralwahlrecht sei dem Dreiklassenwahlrecht vorzuziehen. Ich habe aber (und darauf kommt es an) Herrn Dahnshofe nicht einen Augenblick darüber im Zweifel gelassen, daß es sich dabei um eine Abschlusssatzung handeln könne und die Arbeiter niemals auf die schließliche Durchsetzung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts verzichten würden. So habe ich in jener Zeit wahrscheinlich die Mehrheit der Parteigenossen, und wem will der Genosse Scheidemann, dieser Opportunist reinigen Wassers, es weis machen, daß gerade er mit einer Abschlusssatzung nicht zufrieden gewesen wäre? Wie möglich müßte Scheidemann das Niveau des Parteitagges einschätzen, als er mit dieser „Entscheidung“ kam, obwohl er doch wußte, daß sehr lange Zeit nach der kaiserlichen Osterhoffnung, die nicht das gleiche Wahlrecht brachte und für später eine Wahlreform versprach, von der unter keiner Regierung stehenden Partei als ein großer Erfolg gefeiert worden ist? Ist aber das Gedächtnis des Agitators Scheidemann so schwach geworden, daß er nicht mehr weiß, wie kurz vor dem Zusammenbruch im Jahre 1918 die Opposition in der Fraktion u. a. verlangte, man sollte die Wiedernahme der Verantwortung ablehnen, wenn nicht die Forderung nach Hebung des gleichen Wahlrechts auf alle Bundesstaaten durch Reichsgesetz festgelegt werde? Wollte Scheidemann nicht mehr, daß er zu denen gehörte, die dem Selbstverstand in der damals wirklich schmerzhaften Zeit gekämpft haben?“

Der Stuttgarter Aufsehensprozess.

Wir erhalten vom Genossen Th. Siebke, dem Berichtiger in dem Stuttgarter Aufsehensprozess folgende Zuschrift: In Ergänzung Ihres Berichts in der Abendnummer vom 18. d. M. über den Prozess gegen Dürle und Genossen in Stuttgart möchte ich noch festhalten, daß in der Verhandlung ein alt gezeugter renommierter Hauptmann einer Sicherheitskompanie (sowohl von dem damaligen wie dem gegenwärtigen militärischen Kriegsminister als von „sogenannten“ Kriegsministern) sprach. Ferner erklärte der Hauptkommandierende der Stuttgarter Sicherheitskompanie, dem eine Kommission beigegeben war, ohne deren Zustimmung er den ihm unterstellten Truppen keinen Befehl zum Einschreiten geben durfte, daß er ein Mitglied der Kommission „nicht anerkennt“, weil es ihm nicht paßte und das andere kurzweg beabsichtigt lieh, damit es ihm nicht im Wege sein konnte, weil es „die Macht hatte und es ihm deshalb auf das Herz nicht entfiel“. Endlich gab der Verleumdungsminister, der rechtssozialistische Unterstaatssekretär Hübner, zu, daß er die politische Heberzeugung der Aufsehensprozessgenossen schon seit Anfang Dezember 1918 angenommen habe, ihm wurde aber nachgewiesen, daß auch ein Landsturmkomitee politisch konzipiert worden.

Das Begräbnis der Wiener Johnsoner.

Wien, 19. Juni.
Wie die Arbeiterzeitung meldet, wurde gestern im vollen Einverständnis aller beteiligten Organisationen beschlossen, daß der Reichsarbeiterrat Wien das feierliche Begräbnis der Opfer vom 15. Juni veranstalten soll. 7500 Reichsarbeiter, darunter Mitglieder werden als Repräsentanten des ganzen Wiener Proletariats die Gefallenen zu Grabe geleiten. Der gesamte Ordnungsdienst wird von der Volkswacht ohne Waffen durchgeführt; jede Teilnahme von Faschisten durch Teilnehmer ausgeschlossen. Am Begräbnistag findet keinerlei Verbreitung von Flugblättern statt. Von einer vollständigen Arbeiterruhe am Freitag, dem Begräbnistag, wird im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Zeit abgesehen.

Schweizerisches Truppenaufgebot.

Bern, 19. Juni.
Die Schweizerische Depeschengeneratur meldet: Am 18. Juni abends läßt die Kritik ab, innerhalb deren Deutschland die Annahme oder Ablehnung der Bedingungen zu erklären hat. Wie auch die Entscheidung fallen wird, so besteht in dieser Zeit die Möglichkeit von Unruhen in Deutschland, und daß diese nach der Schweiz übergriffen können. Der Bundesrat hat deshalb zum Schutze der Nordgrenze auf den 18. Juni Truppen aufgeboten. Der Bundesrat hofft, daß das Aufgebot nur von kurzer Dauer sein wird und die Truppen bald wieder entlassen werden können.

Der amtliche Text der Antwort des Ententes auf die deutschen Gegenangebote erscheint unter dem Titel: „Das Ultimatum der Entente“, herausgegeben von der Deutschen für Völkerverständigung, in den nächsten Tagen im Verlage von Robert Grolmann.

Bresse- und Meinungs-freiheit.

Auf dem Parteitag der Rechtssozialisten wurde ein Antrag angenommen, der die Regierung ersucht, die vollständige Durchführung der Rede- und Pressefreiheit im ganzen Reich zu sorgen zu wollen. Welche Ausführung Herr Roske von der Freiheit der Presse hat, sei die folgende:

Generalcommando Roske
Berlin, den 6. Juni 1918.

Sehr geehrter Herr Scheidt,

Berlin, SW. 68
Zimmerstr. 86.

Ihren erpönten schriftlichen Entzagen vom 21. Mai 1918 auf Aufhebung des Verbotes der Zeitung „Die Tribüne“ kann ich nicht stattgeben.

Ich bedauere die Ihnen durch das Verbot erwachsende materielle Schädigung und erlaube die von Ihnen in diesem Sinne vorgelegte Begründung Ihres Antrages völlig an.

Anderserseits zwingt mich die mir übertragene Verantwortung für die Sicherheit des Reiches, grundsätzlich gegen alles vorzugehen, was geeignet ist zum Aufbruch zu reizen. Dazu gehört zweifellos die in allen Ihren schriftlichen Erzeugnissen und mündlichen Vorträgen wiederkehrende Heftigkeit zum Sturz der heutigen Volksregierung.

Wie es der große Roske in Berlin treibt, so ahnen es die diversen kleinen Roskes im Reich nach. In Maddeberg bei Dresden sollte Genosse Nyssel, Mitglied der Reichlichen Volkskammer, sprechen. Darauf ermahnte folgenderweise:

Maddeberg, den 2. Juni 1918.

Die Abhaltung der von der Ortsgruppe Maddeberg der D. R. P. für Dienstag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr, nach dem heutigen Schützenhause einberufenen öffentlichen Volksversammlung, in der das Volkstammesmitglied Nyssel über das Thema: „Gewaltverbrechen — Gewaltmittel zu sprechen“ gedacht, wird hiermit genehmigt, jedoch nur mit der Maßgabe, daß der Versammlungszweck nicht auf den Sturz der gegenwärtigen Regierung, die Aufhebung des Verlesungsverbotes und die Einführung der Materierung gerichtet sein darf.

Das geschah im Sachlande, das sich einer Konterrevolution der Rechtssozialisten erfreut.

An dem Scheidt wird noch immer der Belagerungsstand aufrecht erhalten, der ohne jeden Grund über die Reichliche Verfassung einer Anzahl Genossen zu schaffen. Herr Sevensina, der Reichskommissar für Rheinland-Westfalen, auch ein Rechtssozialist, hatte erklärt, daß er für die Entlassung der Verhafteten eintreten wolle, daß der Belagerungsstand insoweit gemildert werden solle, daß keine Verkehrsbeschränkung fortbestehen, und wenn er sich damit nicht durchsetzen könne, dann würde er zurücktreten. Entlassen oder ist bis heute nur ein Teil der Verhafteten und der Belagerungsstand besteht noch in derselben Form wie zur Zeit des Fortfalls des Reichskommissars. Sevensina denkt selbstverständlich nicht daran, von seinen idönen Posten zurückzutreten.

In Oberschlesien, dem Gebiet des Herrn Reichskommissars Görzina, sind gleichfalls schäbliche Verfassungsveränderungen durch die Roskegarde vorgenommen worden. Die beiden Genossen Kaminsky und Weis, die sich unter den Verhafteten befinden, ließ man noch einiger Zeit wieder freisetzen, jedoch verbot ihnen das Generalcommando, sich während der Dauer des Belagerungsstandes politisch zu betätigen.

Unter der Führung der Rechtssozialisten sind unsere politischen Zustände weit schlimmer, als sie selbst während des Krieges waren!

Spittel als Organisatoren von Pulichen.

Der Hagen i. B. gelang es unsern Genossen, einen Spittel mit Namen Kurjmann zu entlocken. Er war Mitglied der D. R. P., da es ihm hier aber nicht zudulden genugsam ging, wurde er bei den Kommunisten Mitglied und wollte dort die Leitung übernehmen. Dem Hagen ging soweit, daß er von außerhalb Flugblätter und Material herbeischaffte, persönlich die Mitglieder in deren Wohnungen aufsuchte, um sie als Bezirksführer oder Bezirkskommissar zu gewinnen.

Als unsere Genossen diese Spittel aufdeckten und den Leiter der Pulichen zur Redenshaft zogen, erklärte dieser, daß dies im Auftrag des Generalcommandos in Münster geschehe und daß die Pulichen das Geld für die Spittel zurückerhalte.

Dieser Kurjmann hat noch vor kurzem versucht, Genossen zu einem Putsch auf die Reichsbank zu gewinnen, er ist dabei abgeblieben.

Genugtuung.

Von unabhängiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Verträge über einen französischen Ordnungs im Gebäude des Waffenstillstandskommissionen seine Erledigung dadurch gefunden hat, daß die Regierung das Vorgehen des Fostens in dieser Form mißbilligte und die Angelegenheit mit dem Chef der französischen Militärmission in Berlin, General Dupont, in anderer Weise regelte.

Rolligat als Oberbefehlshaber anerkannt.

London, 18. Juni. (Reuter.) Das Kriegsamt erklärt, daß General Rolligat den Armen Rolligat als Oberbefehlshaber aller russischen Armeen anerkannt.

Die Lage in China.

Amsterdam, 19. Juni. Der „Allgemeine Handelsblad“ meldet die „Times“ aus Peking vom 19. d. M., daß sich die Lage Chinas verschlimmert hat. Neben der Wohlhabendbewegung ist jetzt auch Bewegung entstanden, die gegen die militärische Herrschaft gerichtet ist. Der gesamte Handel steht so gut wie still. Die Post, Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr. Die Bewegung gegen die Regierung beschränkt sich nicht nur auf die Provinzen, sondern auch einflußreiche Elemente aus der

Verwaltung nehmen daran teil. Der Beschluß der Pariser Konferenz bezüglich Schantung hat das ganze Land gegen die Japaner aufgehetzt und viel Erbitterung gegen die Alliierten erzeugt. Bisher haben nur unbedeutende Kundgebungen gegen die Ausländer stattgefunden.

Verstärkte Hafensperre in Hamburg.

Hamburg, 19. Juni. Der Kommandant von Groß-Hamburg hat wegen der überhandnehmenden Lebensmittelplünderungen im Freieisengebiet vom 20. Juni eine verstärkte Hafensperre über das gesamte Freieisengebiet verhängt. Das Aufschließen von Lebensmitteldepots im Freieisen hat bereits zur Organisation von Diebstählen geführt, die sich in einer Stärke von 600-800 Mann, mit Frauen und Kindern umgeben, um beim Durchbrechen der Sperre die Sicherheitsmannschaften vom Gebrauch der Waffe abzuhalten.

Die Vorzensur über die „Neue Zeitung“ in München ist aufgehoben worden.

Die Zeitung „Neue Zeitung“ wird in letzter Zeit in Dresden verhandelt werden. Der Notar Gollender wird beschuldigt, den Schwärzen aus Neuring erschaffen zu haben. Ein anderer Notar mit Namen Vietsch soll mit einem Geheißföhen solange auf die Hände des Ministers Neuring, der sich in der Eile brühe anflammerie, eingeschlagen haben, bis er in die Erde hinabfiel. Eine Frau soll mehrfach mit der Dornadel auf den Minister eingeschossen haben. Alle drei Personen befinden sich in Haft.

Gewerkschaftliches.

Ein neuer Straßenbahnerstreik in Sicht.

Mit Ablauf des 20. Juni läuft bekanntlich die Frist für den von der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft vom Vordachband Groß-Berlin angebotenen 17% Pfenning-Tarif ab und es muß dann der 12 1/2 Pfenning-Tarif wieder in Kraft treten. Das Personal befürchtet nun, daß dann eine Lohnreduktion vorgenommen würde, und sie forderten deshalb eine bündige Erklärung schon jetzt darüber, ob sie mit der Weiterzählung der jetzt geltenden Löhne rechnen könnten. Ferner verlangen die Straßenbahner jetzt noch eine Wirtschaftsbefehle von 700 Mark und einen Urlaub von 7 Tagen im ersten Jahre, steigend mit den Dienstjahren bis zu 21 Tagen.

Eine von 15 000 Straßenbahner beauftragte Versammlung nahm in der Nacht zum Donnerstag im Sportplatz, Vordachband Straße, zu diesen Forderungen Stellung. Angel vom Deutschen Transportarbeiter-Verband berietete und führte aus, daß Verhandlungen stattgefunden haben, die aber zu keinem Ergebnis gelangt sind. Der Arbeiterverband der Straßen- und Nebenbahnen weist darauf hin, daß zur Zeit Verhandlungen zwischen ihnen und dem Vordachband Groß-Berlin stattfinden, und wenn diese ihren Abschluß gefunden haben, soll sofort in weiteren Verhandlungen mit den Vertretern der Straßenbahngesellschaft getreten werden.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner gegen den Vorschlag des Arbeitgeberverbandes aus und haben betont, daß der Vorschlag der Arbeitgeber nur ein geschicktes Manöver sei, um die Verhandlungen möglichst weit in die Länge zu ziehen. Ein solches Anfahren könne unter keinen Umständen mitgemacht werden.

In einer einstimmig zur Annahme gelangenden Resolution wird dem Arbeitgeberverband eine Frist bis zum 27. Juni gesetzt und wenn bis Ablauf dieses Termins ein befriedigendes Resultat nicht vorliegt, behalten sich die Angestellten den Beschluß, weitere Schritte zu unternehmen, vor.

Die Bankbeamten vor dem Schlichtungsausschuß.

Weschen fanden in den Räumen des Reichsarbeitsministeriums unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Wull die Verhandlungen über den Reichstarif für die deutschen Bankangestellten statt. Nachdem Marx dem Allgemeinen Verband deutscher Bankbeamten die Lage im Bankgewerbe dargestellt hatte, legte Direktor Rosler in langen Ausführungen dar, daß die Gehaltsfragen sich mit den Forderungen der Bankbeamten nicht einverstanden erklären könnten. Schon jetzt mache sich die Sozialisierung auf vielen Gebieten bei den Banken bemerkbar, die Schaffung von Bank- und ganzstaatlichen Wirtschaftsinstituten seien sehr geeignet, die Banken einzunengen, und hierzu läme noch die Kontierung der ausländischen Banken. Es gehe nicht an, daß die Banken ihre Interessen ausweiten, da diese für den Fall einer Unterbindung zur Verfügung verwendet werden müßten. Auch die Forderung der Angestellten, aus den sogenannten „stillen“ Reserven Mittel zu entnehmen, sei nicht annehmbar, da diese sogenannten „stillen“ Reserven die Arbeitslosen eines Unternehmens, falls sie angegriffen werden, empfindlich schädigen. Es folgte dann eine Debatte über die von den Bankbeamten vorgelegten Forderungen.

Bankdirektor Rosler wies sich gegen den Tarifvertrag, der von den Angestellten vorgelegt worden ist, da durch eine genaue Kapitalisierung der Angestellten aller Altersklassen den Banken der Charakter eines launmännlichen Instituts genommen werde, und man auf diese Weise die Verträge schaffe. Auf diese Art werde die Leistungsfähigkeit des einzelnen, wenn er nicht die Dohmung habe, durch Rücksicht auf bessere Einkommen zu erlangen, herabgesetzt werden. Man habe jetzt ein Beispiel an den staatlichen Verhältnissen, wo man versuche, das bürokratische System durch ein launmännliches zu ersetzen, um die Betriebe lebensfähig zu erhalten.

Marx widersprach diesen Ausführungen. Von einem bürokratischen Einheitsakt könne keine Rede sein. Man dürfe auch die Banken nicht mit staatlichen Instituten vergleichen, da teilweise die Bankbeamten das Bestreben des Einkommens steigern, als heißt esweise ein Minister. Eine bestige Debatte entspann sich dann um eine Maßregel der Direktion der Disconto-Gesellschaft. Schließlich wurden die Verhandlungen verlegt, da die Arbeitnehmerorganisationen mit dem Abbruch der Verhandlungen drohten, falls diese von der Direktion der Disconto-Gesellschaft vorgenommene Mitimmung nicht verbindlich werde. Der Schlichtungsausschuß soll bis heraufhin zur Beratung zurück. Das Urteil dürfte erst in einigen Tagen zu erwarten sein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Als Anzeiger wurden am Sonntag gewählt: Kollege Bruno Lehmann, Hans Vogt, Otto Schöke, Friedrich Michel, Hermann Schöke und Hermann Wandsberg und Kollegin Frieda Glöckner. Die Wahlberechtigung wurde mit 10 178 gegen 8400 Stimmen abgelehnt. Ein- und Ausschuss-Vorstand: Abt. I. Städtische Kollegen treffen sich bei der Arbeitervereinigung, heute, Dienstag, abends 6 Uhr, bei Wiedenburg, Rosenstr. 6. Abt. Wählung (Sonder). Vertrauensleute der Kriegsschädigten der Bezirksvereine Spandau trafen sich Montag mittags 2 Uhr im Lokal, Neue Wiedenburgstr. 2.

Groß-Berlin.

Stadtverordneten-Versammlung.

Gegen den Schleichhandel mit Wohnungen wandte sich ein Antrag unserer Genossen. Genosse Weinberg begründete ihn unter Vorbringung eines umfangreichen Materials. Die erschreckende Fülle dieses Materials beweist, wie himmelschreiend die Zustände geworden sind, wie sehr sich das parasitäre Schichten um den Wohnungsmarkt herum und wie groß die soziale Gefahr ist, die durch die unkontrollierte Ausbeutung der Anlage auf dem Wohnungsmarkt heraufbeschworen wird. Der Magistrat hat in einer gleichzeitig eingehenden Vorlage die Genehmigung zur Beschaffung von 600 Wohnungen, um daraus etwa 1800 Kleinwohnungen herstellen zu können. Genosse Weinberg legte die völlige Unzulänglichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen dar und forderte die schleueste Durchführung unserer Forderung, das gesamte Wohnungswesen in die Hand der Kommune zu nehmen. Der Magistrat sagte zu, sobald die unzulänglichen gesellschaftlichen Befugnisse es zulassen, alles tun zu wollen, was den Zustand zu mildern geeignet ist. Die Verammlung stimmte den Anträgen zu.

Die Unterdrückung der weiblichen Erwerbstätigen sollte in gleicher Höhe gewährt werden, wie den unverschuldeten männlichen Erwerbstätigen. Wir halten unsere Forderung beibehalten. Genosse Wurm begründete die geradezu unsinnigen, ja zynischen Einwände gegen unsere nur allen berechtigten Antrag. Von gewisses Geld war im Ausschuss behauptet worden, die Bedürfnisse der Frauen seien geringer, als die der Männer; Speisereisen seien angenehmer, wie das Arbeiten; die Spannung zwischen Unterdrückung und Lohn müsse erreicht erhalten werden, sonst schwinde der Anreiz, sich um Arbeit zu bemühen; hohe Unterdrückungen seien Prämien auf die Faulheit usw. Der Genosse Wurm war es ein Bedauern, diese zum Teil schon recht alten und abgebrauchten Schreigründe zu wiederholen. Die Unterdrückungsfrage bedarf keineswegs die Arbeitsscheu, wie Direktor Knapp bezugte. In geringen Unterdrückungen können viele auf den Weg der Prostitution, die erwerbslosen Frauen würden in höherem Maße auf Land gehen, wenn Unterdrückung, Behandlung und Entlohnung menschenwürdiger wären. Leider halten aber viele Bandwirte die eingegangenen Verpflichtungen nicht ein. Die sich in größter Höhe befindlichen aus dem Felde zurückgelassenen Anstaltschweigern müßten bei Beschaffung von Verdienstmöglichkeiten besonders Berücksichtigt werden.

Stadttraj Sassenbach mochte sich diesen für jeden sozial Denkenden einleuchtenden Argumenten gegenüber zum Sprachrohr von Unternehmerratscheln. Durch Vortrag von, übrigens nicht stichfesten, Einzelfällen glaubte er die Arbeitsscheu weiblicher Erwerbstätiger nachweisen zu können. Dem Schluß müßte es demnach angeschlossen, daß es sich mit den bisher gezahlten Unterdrückungen nicht auskommen lasse. (Na also bei d. Knapp.) Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen.

Weisungen wurde, denjenigen Wählern und Angestellten der städtischen Werke, die praktisch verwertbare Anregungen zu Verbesserungen geben, Vergütungen zu gewähren.

Gefährliche Flugblattverbreitung.

In neuerer Zeit ist das Flugzeug auch in den Dienst der Propaganda für politische und geistliche Zwecke gestellt worden. Die Flugzeuge kreisen über der Stadt und werfen aus den hohen Höhen die Flugblätter herab. Diese Methode birgt aber auch Gefahren in sich. So ließ z. B. gestern ein Flieger, der über den südlichen Teil Berlins flog, ein ganzes zusammengeballtes Paket aus dem Flugzeug fallen. Das Paket, das etwa 1000 ziemlich große Flugblätter enthielt und ein Gewicht von 75 Pfund hatte, fiel zum Glück auf das Dach des Hauses Böckler, 14, wo es den Dachstuhl durchschlug und ein Loch von zwei Meter Größe im Quadrat riß. Ebenso gut konnte es aber auf die Straße fallen und Verletzte hervorzubringen. Man darf daher wohl die Frage aufwerfen, ob diese Art der Flugblattverbreitung nicht lieber unterbleiben kann.

Stundenlanges Schießerei schreien in der Nacht zum Donnerstag die Bewohner von Ober- und Niederichowenide und von Karlowitz aus dem Schlaf. Die Ursache lag ein Soldat bei der Karlowitz-Kolonnen-Feuerübung gewesen sein, der aus einer niedrigen Höhe heraus hinter einen Kameraden der mit einer Donkanonade geworfen haben soll. Durch den Anschlag, erschienen andere Regierungstruppen und schloffen Verbindungen in den dort gelegenen Wald hinein, wo bei diesen können Soldaten auch manchmal noch Spätergänger anzutreffen sind. Ob diese dieser sinnlosen Schießerei zu vergehen sind, ist noch nicht bekannt. Gegen den Anschlag, der auch an anderen Orten oft verübt wird, muß jedoch mit aller Entschiedenheit Protest erhoben werden.

Ein Mordüberfall ist von der Neufährer Kriminalpolizei aufgedeckt worden. In dem Mordfallgeschicht von Althoff in der Hermannstraße 128 erschienen Althoff zwei Soldaten und ein Zivilist. Dieser hatte plötzlich mit einem der Soldaten Althoff am Hals und schloß ihn, nachdem sie ihn zu Boden gemariert hatten, so lange, bis er fast keuchend war. Der andere Soldat ließ in demselben Augenblick über Frau Althoff her in der Küche, sie zu ermorden. Es gelang aber der Frau, sich loszureißen, auf die Straße zu eilen und um Hilfe zu rufen. Demnach wurde diese im ersten die Häuser die Straße und eulanten jetzt ist es der Neufährer Kriminalpolizei gelungen, den Anführer des Mordes, einen 22 Jahre alten Arbeiter Oswald Althoff, des Verbrechens zu überführen. Althoff ist unterdessen wegen anderer Straftaten bereits verhaftet worden und sitzt schon im Gefängnis zu Regell. Die beiden Soldaten sind nach nicht im Gefängnis. Demgegen wurde nach festgestellt, daß auch zwei Soldaten beteiligt waren. Diese, eine 22jährige Arbeiterin Emma Althoff und ein 21 Jahre alter Dienstmädchen Selma Haupt hatten in dem Mordfall keine Einsätze gemacht, um die Gelegenheit und die Bestrafung auszunutzen. Sie wurden ebenfalls verhaftet.

Bauhof. In den bekannten Geschäften auf Abschnitt 37 200 Gromy Gruppen.

Stecken. Freitag vormittags von 8 Uhr ab auf Feld 9 der Bahnen habe auf dem Vorgebiet des Bahnhofs Rollstuhl werden sollen an die Einwohner des kleinen Wlades und des Wartbales abgegeben.

Bereitstellung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlin. Verammlung am Sonntag 17 Uhr Schule hinter der Garnisonstraße 2. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Wahlen. 3. Seminar für sozialistische Pädagogik (Dr. Löwenstein).

Internationale Bund der Kriegsschädigten und Kriegsverletten. Die Sitzung des Ortskomitees der Kriegsschädigten und Kriegsverletten am Sonntag abends, den 21. d. M., umfünfundsechzig Uhr.

Internationale Bund der Kriegsschädigten, Ortsgruppe Charlottenburg. Bezirksversammlung am Sonntag abends 7 Uhr, Bezirk 2 bei Werner, Wollze. 20. Bezirk 4 Polakowstr. 14. Bezirk 5 Reichenstr. 6. Bezirk 6 Joachimshofer Straße 37.

Geschäftliche Notizen.

Spannende Ringkämpfe finden täglich im Garten der Schloßbrauerei Schöneberg statt.

Leдебур vor den Geschworenen

Reislose Vernichtung der Anklage.

Die Rede des Rechtsanwalts Dr. Herzfeld hat am gestrigen Tage die gegen den Genossen Leдебур erhobene Anklage reislos vernichtet. Mit ruhiger Sachlichkeit beleuchtete er das ganze Intrigenpiel, das dieser Anklage zugrunde liegt. Ausführlich besprach er die Rolle, die die rechtssozialistischen Führer während der Revolution gespielt haben, und wies mit allem Nachdruck darauf hin, daß am 9. November weit schwerere Verbrechen begangen worden sind, ohne daß die Staatsanwaltschaft gegen diese Missethäter, zu denen so nach eigenen Befundungen auch die Herren Ebert, Scheidemann, Landberg, Heine und Noske gehören, eingeschritten wäre. Das Heiligste wurde am 9. November vernichtet: die Konstitution, die die Staatsanwälte in ihr Amt einsetzte, der sie Treue schworen, und in deren Auftrag sie eben den Kampf gegen jene Männer führten, die heute die Bestimmung des Reiches, einen ihnen unbequemen Revolutionär vermittelst der verschlungenen Paragrafen eines verstaubten Rechtes zu beseitigen.

Die ganze Art der Prozeßführung, die bemüht war, alle belastenden Momente mit peinlicher Genauigkeit hervorzuheben, und die versagte, wo es galt, die Verbrecher zu entlarven, das Spießsystem bloßzustellen, die Verbrechen der Militärkamarilla, die Blutschuld der Regierung an den Januarfämpfen gerichtsnotorisch zu bezeugen; all den verhängnisvollen Abenden, die die Justiz eingeschlagen hat, um Scheingründen Rechtsgründe zu drehen, wurde nachgeahmt, und noch einmal erlebte der Zuhörer das, was sich in zwanzig langen Prozeßtagen in sein Hirn eingemurmelt hatte: hier soll durch einen Tendenzprozeß ein Mann beseitigt werden, der der Regierung nicht genehm ist; hier will man mit der Beseitigung dieses Mannes zugleich die ganze Bewegung derjenigen Arbeiterkraft einlenken, welche die mit den Ergebnissen der Revolution nicht zufrieden ist und die nach den langen Leidensjahren des Krieges einen Zustand schaffen will, wo politische Rechtslosigkeit, wirtschaftliche Unterdrückung und militärische Sklaverei einmal für immer ein Ende hat.

Während die Staatsanwälte bei ihren Darlegungen trotz heissen Bemühens einwandfreie juristische Beweise für die Schuld Leдебours nicht erbringen konnten, und sich auf allerlei zweifelhafte Kombinationen, Mutmaßungen und allgemeinen Redensarten stützen mußten, waren die Ausführungen des Rechtsanwalts Herzfeld gerade auf juristischem Gebiete in allen Punkten schlüssig. Und wo das allgemein Menschliche, das Rechtsgefühl des Volkes in das allgemeine Bewußtsein kam, der nicht durch die Angst um seinen Besitz befangen ist, die Zustimmung haben vermag.

Rechtsanwalt O. Buch ging dann noch einmal im einzelnen die haltlosen Punkte der Anklage durch, bekräftigte sich mit der Beweisführung, die nichts ergeben hat, und trat nach seinen objektiven, von jeder politischen Verzerrung völlig freien Darlegungen ebenso wie Rechtsanwalt Herzfeld für Freisprechung des Genossen Leдебур ein. Staatsanwalt G. H. A. hatte nach diesen Ausführungen einen kümmerlichen Stand. Seine Erwiderung war juristisch noch haltloser als sein gestriges Plaidoyer. Man hatte fast den Eindruck, als wolle er für verschiedene Darlegungen um Entschuldigung bitten. Jedenfalls sprach aus seinen Worten nicht die Überzeugung eines Mannes, der von der Schuld des Angeklagten durchdrungen ist und dem Recht zum Siege verhelfen will. Sondern es war die Rede eines Beamten, der dem Befehl seiner vorgesetzten Behörde, gegen Leдебур zu sprechen, Folge leistet.

Einundzwanzigster Verhandlungstag.

Der Vorsitzende erteilt sogleich dem Verteidiger, Rechtsanwalt Herzfeld, das Wort. Dieser führt aus: Meine Herren Geschworenen Herr Georg Leдебур, der als Angeklagter vor Ihnen steht, ist einer der bekanntesten politischen Persönlichkeiten Deutschlands sowie der ganzen Kulturwelt. Dieser Prozeß findet daher nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen europäischen und außereuropäischen Welt große Beachtung. Herr Leдебур hat sich seinen Namen in zahlloser Arbeit für die wirtschaftliche und politische Befreiung des deutschen Volkes erworben. Aber Herr Leдебур ist nicht nur ein bekannter, sondern ein ungewöhnlich geschätzter Politiker. Am Reichstag hängt in einem hohen Saal ein Bild, das als eine der Mittelstücken Herrn Leдебours zeigt. Dieses Bild wurde angekauft, als Herr Leдебур im härtesten Kampf gegen die Regierung stand. Der Reichstag hielt es für richtig, Leдебours Bild in nachfolgenden Geschlechtern zu übermitteln. Meine Herren Geschworenen, was ist nun der Zug und Charakter des Herrn Leдебours? Es ist der

Zug der Offenheit und der Wahrheit.

Der Herr Leдебур achtet nicht nur in der ganzen Welt. Man hat sehr selten einen Angeklagten vor den Schranken des Gerichts gesehen, der mit so unerschütterlicher Offenheit und Wahrheit seine Handlungen darlegt, wie Herr Leдебур. Es ist in den Reden gesagt, daß Leдебours Wesen nicht verwundbar ist. Ich sei ja Schauspieler gewesen. Meine Herren, Herr Leдебour hat niemals mit dem Charakter etwas zu tun gehabt, er ist niemals Schauspieler gewesen. Wahrheit und Offenheit ist das Wesen Leдебours. Herr Staatsanwalt Zumbroich führt sich mit den Worten ein, daß die Politik an den Schranken des Gerichtshofes zurückbleiben müsse. Und dann, meine Herren, hielt er Ihnen eine sehr politische Rede. Er suchte sie fast nur mit politischen Argumenten zu überzeugen,

daß Herr Leдебour die Befragung der Zeugnishaube veranlaßt habe, daß er für alles das habe, was nach vorgegangen ist. Er sprach sogar so weit, Herrn Leдебour für alle Verbrechen, die nachträglich im Deutschen Reich verübt wurden, verantwortlich zu machen, auch dafür, daß statt der geistigen Momente im Deutschen Reich Sozialisten und Machthaber als politische Parteien gebildet wurden. Herr Leдебour trage auch die Schuld an der Nordzentrale. Es ist ja äußerst dankenswert, daß der Herr Staatsanwalt durch diese Nordzentrale anerkennt, er hat aber vergessen, zu sagen: Herr Leдебour trägt die Schuld an dem Mord von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, an dem Mord

versuch, der an ihm selbst verübt wurde und an dem Prozeß der hier gegen ihn angestrengt wurde. Ich hatte bei seinen Darlegungen ungefähr das Gefühl, als wenn man hört, wie ein Ohnmächtig seinem Vater über dessen Lebensführung Verhaltensmaßnahme.

Meine Herren, was Herr Leдебour wirklich getan hat und was seit Jahrzehnten seine politische Aufgabe war, das ist der Kampf gegen den Militarismus, der in dem neuen Militarismus jetzt wieder aufstanden ist und

in dem sich die Nordzentrale gebildet

hat. Es ist der Kampf gegen alle diese Mächte und Wirkungen, welche ihm jetzt in die Schuhe geschoben werden. Deshalb der Kampf der Militärkamarilla gegen Herrn Leдебour, der darin mündete, daß man ihn ermorden wollte, und schließlich darin gemündet hat, daß er jetzt als Angeklagter vor Ihnen steht. Verhaftet wurde er als Parlamentär, wie er mit der Regierung über den Frieden, über das Aufheben des Buntvergießens verhandelte, was ihm jetzt in die Schuhe geschoben wird. Zwischen kriegsführenden Völkern ist es üblich, daß der Parlamentär geachtet wird. Zwischen den eigenen Volksgenossen scheint das nicht nötig zu sein.

Meine Herren, wir sind jetzt in Deutschland so weit, daß der Parlamentär der eigenen Nation grundlos verhaftet wird. Herr Kiamunde sagte selbst, er wisse nicht, warum Leдебour verhaftet sei, keine Behörde habe das veranlaßt. Trotzdem ist Leдебour festgehalten worden, bis man diese Anklage zusammengebaut hatte. Meine Herren, wenn dieser Prozeß etwas ergeben hat, so ist es die Tatsache, daß die Spartakuswoche vom 6.—12. Januar nicht von Herrn Leдебour gemacht wurde, sondern daß sie, wenn nicht gemacht, so doch zum mindesten zum Ende geführt und das große Blutvergießen in ihr herbeigeführt wurde durch die Militärkamarilla,

die ihren Gegner niederschlagen wollte. Die Militärkamarilla ist auch der Urheber dieses Prozesses und sie bestimmt die Grenzen desselben. Es muß nicht heißen, was Ihnen der Herr Staatsanwalt suggerieren wollte, um ihre politische Leidenschaft anzukuhlen: Die Kommunismus — die Individualismus, nein, es steht in Frage, ob die Militärgewalt, die jetzt Deutschland beherrscht, Deutschland zum neuen Kriege führen will, auch in diesem Gerichtshof sitzen soll, und ob auch die Bank der Geschworenen an ihren Wagen gespannt ist oder nicht. Das ist der Sinn dieses Prozesses und des Spruches, den Sie abgeben sollen.

Der Herr Staatsanwalt ist darauf zu sprechen gekommen, daß das Strafgesetzbuch noch in Wirkung ist. Die Vorgänge spielen bekanntlich vom 6.—12. Januar 1919. Diese Zeit liegt kaum zwei Monate nach der Revolution vom 9. November 1918. Der 9. November hat nicht nur das alte Staatswesen, die Staatsform beseitigt, es war eine Revolution des ganzen Staats, und Gesellschaftswesens. Die Gewalt, welche damals ausbrach, kam, die Gewalt der Volksobertragten im Reich, die Gewalt der Minister in den Staaten, die Gewalt der Obersten Dienstorgane, des Kriegsministeriums, der Arbeiter- und Soldatenräte, die damals die eigentlichen Träger der gesamten Gewalt waren, alle diese Gewalten beruhten auf der Revolution. Nach der eigentlichen Frage des Herrn Staatsanwalts Zumbroich an den Volksbeauftragten Dittmann, ob nicht nur die Paragrafen über Hoch- und Landesverrat beseitigt seien, konnte man glauben, die Revolution habe nichts bezweckt, als an Stelle Wilhelms von Hohenzollern Friedrich den Einzigen, Herrn Ebert, hinzusetzen. Vorliegend (unterbrechend): Ich bitte, nicht in dieser ironischen Weise über den Präsidenten des Reiches zu sprechen.

Rechtsanwalt Herzfeld (fortfahrend): Früher war der König von Preußen Präsident des deutschen Reiches, nur um einen Präsidenten zu haben, brauchte keine Revolution gemacht werden. Die Revolution war auch nicht durch die gräßliche Verletzung der Strafgesetze über Hoch- und Landesverrat zustande gekommen. Nein, die Revolution und die Macht der damaligen Volksobertragten beruhte auf

Verletzung sämtlicher Paragraphen des Strafgesetzbuches.

Der Reichstag wurde beseitigt, das Recht zu wählen und gewählt zu werden, es wurden Kämpfungen zu Amtshandlungen begangen. Ich verweise auf die Aussage des Zeugen Leid, der erklärte, daß der Polizeipräsident v. Oppen zusammenbrach und gezwungen war, sein Amt zu übergeben. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die die Volksobertragten als Träger und Quelle aller Gewalt ansetzten, hatten das Recht, sie einzusetzen und zu verlassen. Und dann Weilerer? Haben Sie nicht am Tage der Revolution gesehen, wie die Arbeiter die Soldaten aufforderten, zu wechsellern und zur Revolution überzugehen? Auch dieser Paragraph ist gräßlich verletzt worden. Der Herr Staatsanwalt aber meint, nur die Gesetze über Hoch- und Landesverrat seien damals verletzt worden. Deshalb sagt er Herr Leдебour nicht wegen Hoch- und Landesverrat an, sondern wegen unbedingter Bildung eines bewaffneten Haufens, Aufrechter, Landfriedensbruch und Verbrechens gegen das Zwingungsrecht. Ist denn je ein schwererer Aufruhr als am 9. November begangen worden? Ist jemals trassier das Gesetz verletzt worden als damals, als die jetzigen Gewalthaber zur Macht gelangten? Wenn Herr Leдебour das getan hätte, was ihm zur Last gelegt wird, müßte ich sagen, daß die Herren Ebert und Scheidemann hundertmal mehr schuldig sind als Leдебour, Landfriedensbruch usw.

Meine Herren, der Herr Staatsanwalt hat also gesagt, es gebe einen großen Unterschied zwischen Revolutionären, welche gegen und Revolutionären, welche niedergeschlagen werden. Der eine kommt zur Macht und der andere an die Anklagebank. Sehr richtig. Aber meine Herren, das ist eine politische Erwägung und keine strafrechtliche. Ich muß sagen, der Herr Staatsanwalt, der hier die Anklage gegen Herrn Leдебour vertritt, sehr mich um so mehr in Schrecken, als es sich am 9. November doch um den Kampf gegen die legitime Gewalt, die Jahrzehnte und Jahrhunderte bestand, handelt; daß die den Herrn Staatsanwalt einschlepte und für deren Schutz er da war, für die er die Sozialdemokraten so oft und eifrig angeklagt und verurteilt hat.

Ich will nun auf die Dinge zu sprechen kommen, die sozusagen neben dem Prozeß hingehen, obgleich sie den Verlauf von Herrn Leдебours Verhaftung, den Mordplan gegen ihn, und die Beteiligten dabei ans Licht bringen sollen. Es sollte festgestellt werden, daß

gewisse Spittel an der Befragung der Zeugnishaube

Ihre Hand in Spiele hatten. Wir haben versucht, auf Umwegen die Dinge hier zu untersuchen. Wo wir nahe daran waren, auf die rechten Quellen zu klopfen, da setzte die juristische Formalität ein, da fiel der Vorhang und das Licht erlosch. So ist und nicht gelungen, die Minister Heine und Landberg hier als Zeugen zu hören. Minister Heine hat in öffentlicher Sitzung der Landesversammlung behauptet, er habe bemerkt, daß Leдебour die Befragung der Zeugnishaube veranlaßt hat. Wir beantragten, daß er die Beweise unter seinem Eid auszusagen solle. Das Gericht entschied,

es sei unerheblich. Wir haben beantragt, Minister Landberg zu laden, als denjenigen, der von der Verhaftung Leдебours vorher wußte, der den Artikel im Vorwärts und das sogenannte Dokument der Schuld veröffentlicht hat. Wir wollten ihn hören, wie die Dinge liegen. Meine Herren, hier es, das Zeugnis sei „unerheblich“. Wir beantragten, den Staatsanwalt Heine über die Spittelhaftigkeit zu hören und Kien vorzuliegen, aus denen die Spittelhaftigkeit sich erweisen würde. Die Anträge wurden abgelehnt. Sie waren „unerheblich“.

Meine Herren, und nun zum Kellner Roland. Dieser Spittel, von dem wir die bestimmten Informationen haben, daß er in der Menge am Alexander Platz gerufen hat: Wir befehlen den „Vorwärts“, kann nicht gefunden werden. Er steht im Dienst der Regierung, aber die Staatsanwaltschaft weiß nicht, wo er ist. Der Zeuge Bachmann, der sich in der Vorunternehmung eidlich als Spittel bekannt hat, sollte auch vernommen werden, um

Licht zu bringen in dieses Red des Spittelgewebes;

er ist verschunden und kann nicht gefunden werden. Dann ein anderer Zeuge: Der einzige freiwillige Spittel, Thieghausen, ist hier erschienen, er sollte Leдебour ins Justizhaus bringen. Der Herr Staatsanwalt sagte, er wolle ihn fallen lassen. Und doch suchte er ihn wieder vor, um den Geschworenen klar zu machen, daß Leдебour im Marshall de maffette Züge gesehen hat. Sie können sich ja denken, wie das auf Herrn Leдебour wirkte. So machte er in seiner Erregung den Zwischenruf: Das ist ja Schwindel! Graf Westarp's Aussage führte hier zu erschütternden Kultritten von Zeugen, die mißhandelt wurden, als sie unter der Obhut des Grafen Westarp standen. Frau Steinbring bekundete, wie Graf Westarp sie für Rosa Luxemburg gehalten hat, wie sie deshalb als Vorzeigebild bezeichnet und an die Spitze des Juges gestellt wurde. Meine Herren, dieser Zeuge war das Leichenbegängnis Rosa Luxemburg. Einer der Redner sagte: Wenn unsere Nachkommen an das Grab treten, werden sie sagen: Das ist geweihter Boden. Aber in der proletarischen Revolution unter der Präsidentschaft des Herrn Ebert ist es möglich, daß eine Frau hier bezeugen muß, daß ein Offizier aus gräßlichem Geschlecht, weil er sie für Rosa Luxemburg hält, sich erlauben darf, sie an die Spitze eines Juges zu stellen, um sie der Verachtung preiszugeben. Graf Westarp bestreitet alles, auch daß er in der Dragoonier-Kaserne war und dort die erschossenen Parlamentäre gesehen hat. Er weiß nichts von Beschimpfungen, hat auch selbst keine ausgepflohen. Aber am Schluß tritt er an den Richterstuhl und erklärt,

seine Glaubwürdigkeit und seine Ehre sei angezweifelt

worden! Und was geschieht? Der Herr Staatsanwalt Zumbroich steht auf und erklärt, die Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp stehe ja nicht in Frage. Die Leute, die seine Glaubwürdigkeit erschüttern sollen, seien Verbrecher, gegen Frau Steinbring sei sogar Anklage wegen Mordes erhoben. Meine Herren, ich brauche Ihnen wohl nicht vorzulegen, welche Sätze daraus zu ziehen sind. Wenn ein gräßlicher Offizier um den Schutz seiner Ehre bittet, und die Kammeraden zweifellos gebieten, hat das Zeugnis für ihn abzugeben, sie aber dies nicht tun, so können Sie die Schlussfolgerungen daraus allein ziehen. Graf Westarp war deshalb ein wesentlicher Zeuge, weil er zusammen mit dem Staatsanwalt Frau Steinbring in der Zelle aufgesucht hat; das kann ein gewöhnlicher Zeuge nicht tun. Daß der Herr Graf dies nicht ist, ergibt sich auch daraus, daß er eines Morgens, als er im Amtszimmer des Herrn Ersten Staatsanwalts Weichmann anwesend war, zufällig Herrn Staatsanwalt Zumbroich traf, der ihm angab, wie er sich gegen unbedeutenen Aussagen äußern könne. Graf Westarp ist ein Mann, der in Zivil Dienst tut und genau, wie Herr Richter, sein Gewerbe nicht nennen darf. Ich glaube, daß Herr Graf Westarp sehr guten Aufschluß über den Ursprung des Prozesses, über die Verhaftung des Herrn Leдебour und den Mordplan gegen ihn hätte geben können.

Der Verteidiger kommt dann auf die den Geschworenen vorgelegten Fragen zurück und betont, daß dabei das erschwerte Moment

die Missethäterschaft

sei. Leдебour würde als Führer der politischen Bewegung, als intellektueller Urheber bezeichnet. Ein Zusammenhang zwischen dem Revolutionärausschuss und der Befragung der Zeugnishaube aber nicht bestanden, da der Aktionsausschuss erst nach der Befragung in Aktion trat. Das habe der Zeuge Hant bekundet. Daß Leдебour gegen jeden Vorfall sei, beweise die Erklärung des Zeugen Meyer, daß Leдебour nur unter der Bedingung, daß jeder Rufsch und Terror seitens der kommunistischen Partei abgelehnt würde, mit dieser hätte zusammengehen wollen. Als Leдебour dann im Marshall seine Rede vom Auto herab hielt, habe er gesagt: Jetzt auch wie Menschen, verhalten sich ruhig, Blut ist genug geflossen. Die Sache kann auch friedlich erledigt werden. Und nun fragt man ihn als Missethäter in diesen Kämpfen an. Herr Dittmann habe bekundet, daß der erste und nachdrücklichste Bestwornen der Verhandlungen Leдебour gewesen sei. Die friedlichen Vorschläge der Revolutionäre habe die Regierung jedoch abgelehnt.

Der Verteidiger kommt auf die Vorgänge im Marshall und auf die Verhandlungen, die auf Anordnung Dittmanns stattfanden, zu sprechen und erklärt, daß das geschichtliche Ergebnis dieses Prozesses sei, daß

die Regierung die blutige Spartakuswoche gewollt

und bewußt inszeniert und weitergetrieben habe. Sie habe die Bedingungen der Militärkamarilla, die ja durch Aussage Fischer bekannt geworden seien, übernommen und jede Verhandlung vor Räumung der Gebäude abgelehnt. Leдебour, der Unterhändler, wäre verhaftet worden und in die Obhut der Soldaten gebracht, die gedrückt hätten, ihn zu ermorden. Die Reichsregierung, trotzdem sie von der Verhaftung durch Fischer wissen mußte, habe nichts getan, um ihn und Meyer zu befreien. Auch den Zug gegen das Kriegsministerium, bei dem keine Gewalttätigkeiten vorgekommen seien, wolle man Leдебour in die Schuhe schieben. Die durch Remgen der Regierung übertrahene Proklamieren des Revolutionärausschusses hätte erst Bedeutung gehabt, wenn die neue Regierung tatsächlich vorhanden war. Sie sei von Seiten der Revolutionäre nie veröffentlicht worden. Das habe erst Herr Landberg im „Vorwärts“ getan, der mit dem Artikel „Das Dokument der Schuld“ gegen Leдебour Zustimmung machen wollte.

Dr. Herzfeld schließt: Ich glaube, meine Herren Geschworenen, ich habe Ihnen in großen Zügen unabweislich dargelegt, wie alles entstanden ist. Leдебour hat den Vorfall, den er stets bekämpft hat, nicht gewollt und veranlaßt. Er sieht jetzt vor Ihnen auf Veranlassung derjenigen,

die Deutschland jetzt aufs neue in ein blutiges Angland

führen wollen. Meine Herren, ich vertraue auf Sie als unabhängige Richter, daß Sie einem Mann wie Georg Leдебour sein Recht geben werden, gegenüber diesem Gesinnung von Unrecht und Mordverbrechen. Ich bitte Sie, sprechen Sie Herrn Leдебour frei und geben Sie ihm dem deutschen Volke wieder, denn solche Männer wie Herrn Leдебour brauchen wir in dieser Zeit. Das deutsche Volk hat nicht viel solche Männer. Sprechen Sie ihn frei, dann wird die schwergelebte Atmosphäre des Unfriedens, die ja leicht durch einen Funken zum Feuer entzündet werden könnte, sich teilen, es wird eine Befreiung durch Deutschland gehen, da es noch eine Stelle gibt,

an der man auch dieser Wecht entgegenzutreten mag. Sprechen Sie Herrn Ledebour frei und verdienen Sie sich den Dank des deutschen Volkes!

Rechtsanwalt Obuch das Wort, welcher erklärt, daß ihm zwar nicht die farbenreiche Veredlung des Herrn Rumbold zur Verfügung stünde, er hoffe aber, daß die Geschworenen durch die Stärke der Argumente überzeugt würden. Am 6. Januar, vor Einberufung der Nationalversammlung, hätten andere Rechtsverhältnisse bestanden als jetzt. Auf Ledebours Darlegungen in dieser Beziehung sei die Staatsanwaltschaft gar nicht eingegangen. Man frage sich, wie die Staatsanwaltschaft heute noch die Anklage gegen Herrn Ledebour könne und erhalte als Antwort: Durch die Angaben des Herrn Ledebour selbst. Es sei schon manche Anklage in der Weiskaufnahme zusammengebrochen, da einzelne Punkte nicht aufrechterhalten werden konnten. In dieser Weiskaufnahme sei jedoch gar nichts übrig geblieben, von dem, was die Staatsanwaltschaft ursprünglich hätte nachweisen wollen. Er habe sich über den Haftentlassungsantrag verhandelt wurde, nach der Bemerkung des Herrn Staatsanwalts Dr. Gysae, man sehe noch vor der Weiskaufnahme, gesagt: wenn jetzt nicht ein paar Schurken auftreten,

die etwas Unwahres unter ihrem Eid

aussagen, dann möchte ich wissen, was die Weiskaufnahme noch neues ergeben sollte. Wo aber seitdem der Verteidigung etwas neues angeführt werden sollte, habe die Staatsanwaltschaft sich dagegen gewehrt. Die Geschworenen seien dadurch, daß ihnen nur immer von Bestrafungen, Körperverletzungen und Schlägen gesprochen wurde, einseitig beeinflusst worden, und die Verteidigung hätte nicht Gehörlichkeit erlangen können. Über die Weiskaufnahme sei die Staatsanwaltschaft heute Ledebour nicht nur die Vorgänge in Berlin, sondern im ganzen Reich zur Last. Er müsse den Erklärungen des Staatsanwalts, daß der Angeklagte auch für gemeine Minderungen verantwortlich sei, ein anderes abweichendes Urteil zur Seite stellen. Für

die Minderungen im Westkrieg,

der sich über mehr als vier Jahre erstreckte, habe man auch nicht den General Ludendorff oder einen anderen militärischen Führer verantwortlich gemacht. Man könne doch nur das beurteilen, was der Angeklagte selbst getan und gewollt habe. In der Weiskaufnahme sei von dem Belastungsmaterial nichts übrig geblieben. Jetzt handele es sich aber um den neuen Standpunkt der Staatsanwaltschaft, die Ledebours eigene Angaben als Belastung ansehe. Dieser habe sich wohl als Mitglied des Revolutionärsausschusses bekannt und angegeben, daß er bereit war, der unberechtigten Abhebung Eichhorns entgegenzutreten. Entschieden habe er jedoch eine

Beteiligung an der Waffenausgabe in Kärnten

geleistet, ebenso am Sonderfriedensbruch und Aufruhr. — Der Verteidiger schildert dann eingehend die Vorgänge am 6. Januar und erklärt, daß in der Verammlung des Revolutionärsausschusses nicht darüber beraten sei, Truppen gegen die Regierung zu verwenden, man sei der Ansicht gewesen, daß die Bewegung waffenlos vor sich gehen würde, und daß überall die Meinung herrsche, daß die Regierung unfähig sei, die Revolution weiterzuführen.

Nach der Waffenausgabe fährt Rechtsanwalt Obuch in seinen Klondrecht gesprochen. Das mag juristisch nicht einwandfrei sein und ist zweifellos auch von der Staatsanwaltschaft nicht verstanden worden. Ledebour hat darlegen wollen, daß er das beschriebene Revolutionsgericht zur Anwendung bringen will, und daß er im Recht war den Reichsbehörden gegenüber, die Eichhorns Abhebung verlangten. Nach dem Zusammenbruch im Westen haben die Mitglieder des Revolutionärsausschusses die politische Gewalt in Deutschland ergriffen. Ledebour war wohl der politische Führer, aber als Träger der Revolution kamen die revolutionären Arbeiter in Frage, nicht aber die Rechtssozialisten. Die revolutionäre Verfassung wurde durch die Arbeiter- und Soldatenräte gegeben. Die Nationalversammlung hat diese Verfassung jedoch nicht bekräftigt. Im Januar, als sich die Vorgänge abgeplayt haben, ist sie jedoch noch der geltende Rechtszustand gewesen. Die doppelte Befehlung der Ministerposten hat zu schweren Unstimmigkeiten geführt. Die rechtssozialistischen Führer haben sich auf die Militärs gestützt, wodurch sie

einen Vorbruch schlimmster Art

und eine Verletzung der Verfassungspflichten begingen. Zum Schluß der geltenden sozialistischen Verfassung konnte nur der Revolutionärsausschuß auftreten, der seit 1916 für die Revolution gearbeitet hat. Er hat zu den willkürlichen Gewalttaten der Re-

gierung und zur Abhebung Eichhorns Stellung genommen. Hinter den Kulissen war die Abhebung Eichhorns bereits vorbereitet. Trotzdem aber Führer der von Eichhorn gebildeten Sicherheitswehr eine höhere Führung versprochen hatte, haben sich die Truppen im entscheidenden Moment doch nicht auf den rechtssozialistischen Standpunkt gestellt. Eichhorns Abhebung war natürlich nur der Vorwand zu einem Vorgehen gegen die Revolutionäre, wie aus einem Zitat des Herrn Eugen Ernst mit einem Pressevertreter hervorgeht. Während dann der Angeklagte sich bemühte, eine Vermittlung herbeizuführen, operierte man mit der Division Leauls so, daß der Zusammenstoß erfolgen mußte. Außerdem wurde durch Spitzel für die nötige Erregung der Arbeiter geforgt. Die Regierung war

absolut von den Offizieren abhängig,

Fischer selbst hat die Bedingungen angegeben, unter denen er den Aufstand niederschlagen würde. Damit, daß die Regierung die Führer den Soldaten ausliefern ließ, hat sie stillschweigend auch die letzte Bedingung anerkannt, die Verhaftung der Führer verlangte. Es steht fest, daß es nie zu einer Verhaftung und einer Anklage gekommen wäre, wenn die Soldaten die Regierung nicht vor eine vollendete Tatsache gestellt hätten.

Keine Herren Geschworenen, Ihr Spruch soll diesen moralisch rechtlichen Unterlagen seinen Ausdruck geben. Es ist besonders bitter, daß dieselben Personen, die Ledebours Verhaftung verlangt haben, jetzt auch die Anklage aufrechten, während sie als höchste Justizbeamte ihrer feindseligen Gesinnung gegenüber dem Angeklagten an anderen Stellen Ausdruck geben. Es sind dieselben Personen, die früher Jährgehung an der Seite des Angeklagten fanden. Und nun, meine Herren Geschworenen, wenn Sie das alles berücksichtigt haben, urteilen Sie über die Schuld des Angeklagten.

Staatsanwalt Dr. Gysae fährt zur Entgegnung aus, daß er den Vorwurf der Phantasie und Legendenschilderung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Obuch zurückweisen müsse. Seine weiteren Ausführungen waren keine Wiederholung seines Plädoyers, das er im einzelnen erläuterte und ihm teilweise eine andere Auslegung gab.

11. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Zum Referat Tarnows erhielt Siegle-Berlin als Korreferent das Wort. Er beschränkte sich im wesentlichen auf einige kurze Ausführungen über die grundsätzliche Bedeutung des Räte-systems und der Gewerkschaften. Im Räte-system erblicke er nicht nur ein Mittel, sondern auch das Ziel der Revolution. Als Mittel bedeute es die Anwendung der Diktatur des Proletariats, in seinem Endzustand die soziale und wirtschaftliche Gleichstellung aller Volksgenossen. Ein der Sozialismus bringe die wahre Demokratie. Die Resolution Tarnows bleibe auf halbem Wege stehen, da sie den Arbeiterräten nicht auch die politische Macht übertrage. Aus diesem Grunde könne er der Resolution nicht zustimmen.

Die Diskussion ergab keine neuen Gesichtspunkte. Väter-Düsseldorf fordert ebenfalls die wichtige Durchführung des Räte-systems, das allerdings große Opfer vom Proletariat verlange.

Daber-München führte den Zusammenbruch der Münchener Räte-diktatur darauf zurück, daß man die Gewerkschaften von der Mitarbeit ausschloß. Die Allgemeinheit der Arbeiter sei dieser Aufgabe noch nicht gewachsen und es bedürfe intensiver Erziehungsarbeit, um das Räte-system durchzuführen.

In seinem Schlußwort brachte Tarnow zum Ausdruck, daß er absichtlich die politische Tätigkeit der Arbeiterräte nicht behandelt habe, da der Verbandstag dazu nicht der Ort sei. Dem wirtschaftlichen Kampfabstand, der Sozialisierung der Holzindustrie usw., der in seiner Resolution umschrieben sei, könne doch wohl jeder zustimmen. Er glaube darin eine Basis gefunden zu haben, auf der sich der ganze Verbandstag einigen könne. Die Resolution solle dem Reichsvereinsrat eingereicht werden.

Vor der Abstimmung über die Resolution Tarnows gab Siegle-Berlin namens der Delegierten von Berlin, Luden-walde, Spandau, Bremen, Düsseldorf, Halle, Braunschweig und zweier Leipziger Delegierter folgende Erklärung ab:

„Die Kollegen der genannten Orte stehen auf dem Boden des politischen Räte-systems im Gegensatz zum bürgerlichen Parlamentarismus. Die Resolution Tarnow enthält manche gute Gedanken, denen man zustimmen kann. Wir müssen sie aber in ihrer Gesamtheit ablehnen, weil sie unserer grundsätzlichen Auffassung über das Räte-system nicht entspricht.“ In der Abstimmung wurde die Resolution Tarnow gegen 27 Stimmen angenommen. Außerdem beschloß der

Verbandstag, das Referat Tarnows drucken zu lassen und zur weitesten Verbreitung in den Mitgliedskreisen zu bringen.

Ueber „Lohnbewegung und Tarifverträge“ referierte Reumann vor Vorstand. Er schilderte eingehend die außerordentliche Schwierigkeit der Organisation der Holzarbeiter und der Vertretung ihrer materiellen Interessen sowohl in der Vorkriegszeit als auch während des Krieges. Die Erreichung von Teuerungszulagen während des Krieges ist auf starke Hemmnisse seitens der Behörden. Immerhin sind wichtige Fortschritte auf dem Gebiet der Tarifgemeinschafft, der Durchsetzung vertraglicher Mindestlöhne während des Krieges gemacht worden. Auch die Errichtung des Tarif-amts für das Holzgewerbe bildet eine bedeutende Fortschrittschritt. Es ist uns auch gelungen, bisher schon mehrere Reichstarife für eine Anzahl von Branchen abzuschießen. Der Medner machte dann noch längere Ausführungen über die eingetragene Forderung der Lohnbewegungen sowie über die Kompetenzfrage zwischen Hauptverband, Gewerkschaft und Ortsvereinigungen bei wichtigen Entscheidungen in Lohnkämpfen.

In der Diskussion über das Referat Reumanns machte Winkler-Leipzig das Recht der Arbeiterschaft geltend, die Wunden des Krieges nach Möglichkeit zu lindern. Man könne deshalb nicht davon reden, daß die Revolution zu einer Lohnbewegung gemacht werde. Durch zentrale Verhandlungen, durch den Reichstarif, würden die Interessen der Kollegen besser berücksichtigt als in isolierten Abmachungen.

Wiese-Berlin brachte die grundsätzliche Gegnerlichkeit der Berliner Kollegen gegen Tarifverträge, insbesondere gegen langfristige, zum Ausdruck, da diese die Bewegungsfreiheit der Kollegen lähmen. Unter den heutigen Verhältnissen wollten er auch die Berliner Kollegen an dem Ausbau der Tarifverträge mitwirken.

Tempel-Dresden beklagte sich über mangelndes Engagement seitens der Holzarbeiterverbände hinsichtlich der Auflösung der Holzarbeiter in den gewöhnlichen Betrieben. Es müßten in diesen Betrieben die Kollegen nach den allgemeinen Bestimmungen des Holzgewerbes entlohnt werden.

Hopp-Würzburg verlangte die Beibehaltung der zentralen Verhandlungen, da die Provinz dadurch groß geworden sei.

Zum geistigen Bericht ist noch nachzutragen, daß eine Resolution zur Annahme gelangte, welche die Abschaffung von Verhandlungsfunktionen entschieden beurteilt und die politische und religiöse Gleichberechtigung aller Mitglieder des Verbandes verlangt.

Aus den Organisationen.

Niederbarnim. Sonnabend, den 21. Juni 1919, abends 8 Uhr, Schulsaal, Markstraße, Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Fortsetzung der Regionalversammlung. Besondere Einladungen erfolgen nicht. Mandate stellen die Bezirke selbst aus.

Charlottenburg. Der Kolnerkursus am Freitag 1919 wegen des öffentlichen Versammlung aus.

Dankom. Freitag abends 8 1/2 Uhr Konferenz sämtlicher Funktionäre bei Schwertel, Mühlweg, Ecke Maximilianstraße.

Waldenau. Freitag abends 8 1/2 Uhr Konferenz sämtlicher Funktionäre bei Schwertel, Mühlweg, Ecke Maximilianstraße.

Leipzig. Sonnabend nachmittags 4 Uhr findet in Knopps Gewerkschaftssaal, Auguste-Viktoria-Straße 44, ein Sommerfest statt. Eintritt ist frei. Die Genossen werden ersucht, mit ihren Familienangehörigen rechtzeitig an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Leipzig. Sonnabend nachmittags 7 1/2 Uhr bei Christensen, Schleierstraße 6.

Rüschenthal, Jepernitz, Buch, Schönau, Schwanebeck, Dicksch, Gohrebech. Sonnabend abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal des Genossen Heber, Mühlentel, Siemensstr. 10/11. Vortrag: Ueber das Räte-system.

Freie sozialdemokratische Jugend Bremen. Sonnabend abends 8 Uhr im Jugendheim bei Kubsg. Vortrag über: „Arbeits und Ziele der freien sozialdemokratischen Jugend“. Die Jugendlichen sind hierzu eingeladen.

Spiel und Sport.

Im Stadion wird am kommenden Sonntag das größte Fußballspiel dieser Saison stattfinden. Die acht 1. B. besten Dauerfahrer Kruphal, Saldon, Reitzsch, Thomas, Wittig, Appelhaus, Bauer und Lemanow werden am Kalau erscheinen. An guten Spielern haben außerdem gemeldet: Rühl, Tobemold, Gangevort, Rende-bauer, Abraham, Hüster, Schürmann, Wegener, W. Samal, John Genesche, Krähner, Rich Hoffmann, Rops, Kubels, Schwab und 2000 ausschließlich kommen nach Leipzig und Paderbusch hinzu.

Arbeiter-Radfahrer-Berlin-Greif-Berlin. Sonntag früh 8 Uhr Wernecke (Kupferhammer), nachmittags 1 Uhr Bernau (Waldbreit), Start: Reichenhagenplatz.

Turnvereine Halle. Am Sonnabend, den 21. Juni, abends 7 Uhr, im Holzarbeiterverbandssaal, Ringstr. 30, Kampfrichterprüfung zum Spielplatz. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.

Bergeffen Sie niemals:

Die Sehwerk ist die wertvollste von unseren fünf Sinnen, und das Auge ist das edelste und empfindlichste Organ unseres Körpers. Trophum wird es meistens vernachlässigt und am wenigsten in seinen Funktionen begriffen. Wie viel mehr Plage läßt man z. B. seinen Sähen angedröhen. Augen sind aber wirklich wichtiger als Hände. Daher überlassen Sie sie keinem, das Ihre Augen wirklich mehr wert sind als die allerwertesten Augengläser, denn unvollkommenes Sehvermögen schädigt Sie in Ihrem Fortkommen, ganz gleich, welchem Stande Sie angehören. Wenn Sie 20 bis 30 Minuten Zeit ersparen und in einem unserer Geschäfte vorbeisprechen, können Sie ohne jeden weichen Kosten und ohne Kaufzwang Ihre Augen untersuchen lassen und sich solche Gewissheit über die Beschaffenheit Ihrer Augen verschaffen. Kommen Sie sobald als möglich! Benütigen Sie Linier-Gläser, so sagen wir Ihnen dies aufrichtig und wünschen Ihnen Glück dazu!

Optiker Ruhnke

20 Geschäfte:

- Spittelmarkt, 106, Marktstr. W. Felbiger Str. 119, 106, Marktstr. N. Chaussestr. 73, 106, Marktstr. Friedmann, 14, 106, Marktstr. S. Poststr. 10, 106, Marktstr. Neukölln, 4, 106, Marktstr. Spandau, 15, 106, Marktstr. Schöneberg, 21, 106, Marktstr. Charlottenburg, 15, 106, Marktstr. Joachimsthaler Str. 2, 106, Marktstr. Neuland, 4, 106, Marktstr. SW. Gellert, 4, 106, Marktstr. N. Schöneberg, 11, 106, Marktstr.



Kaufsuche Kupfer Metallische Cohn... Kupfer, Silber, Gold, Platin, Nickel, Zinn, Zink, Eisen, Stahl, Messing, Bronze, Kupfer, Silber, Gold, Platin, Nickel, Zinn, Zink, Eisen, Stahl, Messing, Bronze.

Messing Platinankauf Kupfer... Messing, Kupfer, Silber, Gold, Platin, Nickel, Zinn, Zink, Eisen, Stahl, Messing, Bronze.

Platinankauf Kupfer... Platin, Silber, Gold, Kupfer, Nickel, Zinn, Zink, Eisen, Stahl, Messing, Bronze.

Platinankauf Kupfer... Platin, Silber, Gold, Kupfer, Nickel, Zinn, Zink, Eisen, Stahl, Messing, Bronze.

Wäskle... Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker- und Spuldrähte, Hochspannungsdrähte, Eisen- und Stahldrähte, Kupfer- und Aluminiumdrähte.

Schellack und Lack... Schellack, Lack, Anilin, Farbstoffe, Pigmente, Öle, Wachse, Harze, Gummis, Kunststoffe.

Cognac wieder da! Süße Liköre, Brandweine, Zuckergebäckte Sekale, Ails, Bordeaux-Weine, Deutsche Weiß- u. Rotweine.

Ein- u. Verkauf von Elektromotoren... 1 & P. S., Gleichstrom, 220 Volt, 100 Touren, 3 & P. S., Gleichstrom, 220 Volt, 150 Touren, 1 & P. S., Gleichstrom, 220 Volt, 150 Touren, 1 & P. S., Gleichstrom, 220 Volt, 150 Touren.

Unterricht... Elektrotechnik, Grundriss, Ausbildung für Praxis, durch Oberingenieur, Schließfach & Postamt 50.

Spezial-Arzt Dr. med. Grätering... 50, 106, Marktstr. 50, 106, Marktstr. 50, 106, Marktstr. 50, 106, Marktstr. 50.

Unser Kommunalprogramm.

Neue Richtlinien für sozialistische Gemeindepolitik.

Wie wir bereits berichteten, hat am 24. Mai im Berliner Rathaus eine Konferenz der Grob-berliner Gemeindevertreter der U. S. P. D. stattgefunden. In Nachstehendem geben wir das Besondere der Beschlüsse G. a. n. u. e. l. W. u. r. m. in seinen Hauptzügen wieder:

Seit dem 9. November ist mancherlei Schutt auch für die Gemeindeverwaltung hinweggeräumt worden, so das Dreiklassenwahlrecht und das Hausbesitzerprivileg und die Frauen haben endlich das Wahlrecht erhalten. Auf Grund der hierdurch sich den Neuwahlen verändernden Zusammensetzung der Gemeindevertretungen können nun die Arbeiterklasse ihre Interessen wirksam wahrnehmen, wo sie die Mehrheit errungen hat. Aber die Gemeinden sind vollständig abhängig von der Landesgesetzgebung, und diese trägt vor allem in Preußen noch nicht den veränderten politischen Verhältnissen Rechnung.

Bei Aufstellung unserer Forderungen haben wir jedoch nicht danach zu fragen, was im Augenblick durchzuführen möglich ist, sondern nur prinzipielle Erwägungen durchzuführen. Zur Grundlage unserer Richtlinien muß die programmatische Kundgebung unserer Partei dienen, die am 8. März 1919 auf der Parteikonferenz beschlossen worden ist. Darin heißt es:

„Die U. S. P. stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie unterwirft die Mäe in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht.“

Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.

Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parlamente.“

Dieses Programm gilt auch für die Gemeindeverwaltung. Es unterwirft sich dem alten Programm, welches schon durch die Einmündung des Rätesystems, wie verlangt in jener Kundgebung:

„Einordnung des Rätesystems in die Verfassung. Entschieden die Mitwirkung der Mäe bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.“

Zur Verwirklichung dieser Grundziele in der Gemeindepolitik haben wir bestimmte „nächste“ Forderungen aufzustellen. Einmal die Forderungen, die wir vor dem 9. November vertreten haben. Sie durch Änderungen der Gesetzgebung erfüllt worden.

Was, wenn auch das Verfassungsrecht nicht das Hausbesitzerprivileg beseitigt, die Magistratsverfassung ist zu beseitigen. In den 14 verschiedenen Städte- und Landgemeindevorordnungen Preußens ist das Sozialistengesetz festgelegt und davon ist noch nichts geändert. Neben den allgemeinen Wahlen herangezogenen Gemeindevorstellungen bestehen die Magistrats- oder Schöffen unbeeinträchtigt weiter.

Was wenn sie auch ebenso wie der Bürgermeister (Gemeindevorsteher) von den Gemeindevorstellungen gewählt werden, so stehen sie doch über den Gemeindevorstellungen, da deren Beschlüsse von den Magistratsmitgliedern genehmigt werden müssen, so daß diesen gegenüber die Stadtverordnetenversammlung bzw. Gemeindevorstellung ohnmächtig ist. Das muß beseitigt werden, und zwar durch die Abschaffung der Magistratsverfassung.

Die Besprechungen sind von der jetzigen preussischen Regierung schon lange gemacht worden, aber geschehen ist noch nichts. Es wurde eingemeldet, es sei schwierig, die verschiedenen preussischen Städteordnungen miteinander zu vereinigen. Das werden wir aber gar nicht, sondern es muß etwas völlig Neues geschaffen werden. Ohne grundlegende gesetzliche Neuregelungen ist es nicht möglich, die Interessen der Arbeiter genügend wahrzunehmen. Deshalb stehen an der Spitze unseres Programms die Forderungen, die wir an den Staat zu stellen haben.

Die Forderungen, die wir an den Staat zu stellen haben, sind lange vor uns in der heutigen Ueberrumpfung zu befinden. Die erste Forderung ist:

Durch Staatsgesetz sind die Gemeinden als öffentlich-rechtliche Verbände ihrer Einwohner zur Wahrung der Gemeindefürsorge anzuerkennen und mit den für ihre Aufgaben erforderlichen Mitteln, insbesondere dem der zeitlichen Vollziehung, der Entscheidung und der Erhebung von Steuern im Einklang zu den staatlichen Bedürfnissen auszustatten.

Wir schlagen also vor, die Verbindung des Bürgerrechts mit der Wahlberechtigung ganz fallen zu lassen. Bei der Wahlberechtigung des Wohnorts, zu dem namentlich der Arbeiter vielfach gezwungen wird, ist es ein Unrecht, die Wahlberechtigung an die Verbindung eines längeren Aufenthaltes knüpfen zu lassen; es genügt, wenn er zur Zeit der Aufstellung der Wahlberechtigung Einwohner der Gemeinde ist.

Weiter muß die Gemeinde mit den für ihre Aufgaben erforderlichen Mitteln ausgestattet werden und nicht wie heute fast ausschließlich der Vormundschaft der Staatsbehörden unterliegen, insbesondere muß sie ihre örtliche Polizei selbst ausüben können; die ehemaligen königlichen Haupt- und Residenzstädte sollen keine Stadt der Polizei behalten, aber die Polizeigewalt nicht auf wirtschaftlichen Gebieten behält der Staat.

Das Steuerrecht der Gemeinden wesentlich erweitert werden muß, wobei es später noch darauf ankommt, wie es sich entwickelt, weil ohne Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen die Gemeinden völlig hilflos gegenüber den gewaltigen Wirtschaftskrisen der Gegenwart und Zukunft dastehen würden.

Die zweite Forderung geht dahin:

Der Staat hat den Gemeinden volle Selbstverwaltung zu gewähren, also auch das Recht zum Zusammenschluß benachbarter Gemeinden zu Einheitsgemeinden oder zu größeren oder kleineren Zweckverbänden gemeinsamer Aufgaben.

Das bisherige Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ist die Folge der Verhältnisse der Regierung für die Gemeindeverwaltung, welche die Kommunalverwaltung der Gemeinden durch die Verhältnisse des Reichs, des Landes, des Provinzial- und Kreisverwaltungsapparats zu bestimmen werden soll, die zu den verschiedenen Verhältnissen im Lande entsprechen.

Der vollen Selbstverwaltung gehört aber auch das Recht der Gemeinden, sich zu Einheitsgemeinden oder zu Zweckverbänden zusammen zu schließen. Das bestehende Föderationsrecht hat diese notwendige Entwicklung nicht gefördert, son-

dern gehindert. Die Gemeinden müssen das Recht erhalten, die Aufgaben ihrer Verbände nach eigenen Gesetzen selbst zu bestimmen. Und nicht nur Verbände für bestimmte Aufgaben sollen gebildet werden können, sondern der Zusammenschluß zu großen leistungsfähigen Einheitsgemeinden muß ermöglicht werden, wie z. B. die dringend notwendige und viel zu lange verzögerte Schaffung eines Groß-Berlin. Wir verlangen hierbei eine zentrale Leitung und bündelnde Ausführungsmittel. Der Plan einer sogenannten Verbandsgemeinde, den Oberbürgermeister Dominicus vortrug, würde den einzelnen Gemeinden eine zu große Selbständigkeit lassen und die Interessen der Proletarierklasse dadurch verletzen, denen der nachstehenden Vorrede in den Vordergrund drängen, daß bei ein fastenaustritt im Interesse des Proletariats herbeigeführt wird. Eine Einheitsgemeindegliederung wäre für die Arbeiterklasse ein wichtiger Schritt, weil die einzelnen Gemeinden, und die notwendigen Vorbedingungen für eine umfassende Kommunalverwaltung schaffen.

Für die Dezentralisation der Gemeindeverwaltung kommen für uns folgende Gesichtspunkte in Betracht:

Wie in der programmatischen Erklärung unserer Partei vom 8. März d. J. zum Ausdruck kam, bedienen wir uns zur Erreichung unserer Ziele sowohl der Parlamente als der Arbeiterräte. Die gewählte Gemeindevertretung (Stadtverordnetenversammlung) ist die gesetzgebende Körperschaft. Ihre Beschlüsse und Maßnahmen werden durch Ausschüsse des kommunalen Arbeiterrats kontrolliert; letzterer entscheidet bei Meinungsverschiedenheiten. Namentlich sollen diese Ausschüsse die Ausführung der Beschlüsse überwachen, was gegenüber den bürokratischen Verhältnissen mancher Verwaltungsbereiche sich als sehr entsprechend erweisen würde. An Stelle der jetzigen Magistratsämter der Gemeinden, die der Verhältniswahl gemäß sind, die Aufgaben der Magistratsämter übernehmen, ohne aber deren Rechte zu erhalten. Der Gemeindevorsteher ist lediglich ein ausführendes Organ und sein Vorposten hat nicht, wie bisher der Bürgermeister, besonderen Rang, sondern ist der Erste unter Gleichen. Augenblicklich wählen die kommunalen Arbeiterräte mehr als je in der Luft. Sie sind zwar durch ausdrückliche Verordnungen der preussischen Regierung vom 18. November 1918 ernannt worden. Und bei den Wahlen konnten wir an allen Orten lesen, daß sie in der Verfassung „verankert“ werden sollen. Sie scheitern aber im Trübsand verankert worden zu sein. An der Spitze der Arbeiterräte steht ein Ausschuss, der die Arbeiterräte zu kontrollieren hat. Auf das Ansehen der reaktionären Vereinigung, die sich Bürgermeister nennt, hat der Minister des Innern erklärt, daß die Entscheidung über die Fortdauer der kommunalen Arbeiterräte nach Durchführung der Neuwahlen der Gemeindeverwaltung zu überlassen ist. Diese Entscheidung ist vollkommen unzulässig, denn in der Verfassung vom 18. November ist kein Wort davon enthalten, daß die Errichtung der kommunalen Arbeiterräte an die Zustimmung der Gemeindeverwaltung geknüpft ist. Einige Gemeinden mit reaktionärer Mehrheit weigern sich bereits, die Ausschüsse für die Arbeiterräte zu wählen. Unsere Forderungen im preussischen Landtage werden darauf die Antwort geben.

Die Arbeiterräte sind als notwendig und nützliches Kontrollorgan anzuerkennen.

Die in den kommunalen Arbeiterräten tätigen zu ernennenden Mitglieder sind eine Selbstverwaltung. Namentlich ist es nicht nur, aber auf andere Weise ein ausreichendes Einkommen besitzt, und so viel freie Zeit dabei übrig bleibt, daß er ein unbesoldetes Amt bekleiden kann — das ist für die Arbeiter unmöglich. Auch ist die erwerbende Zahl sehr groß. Sind doch allein in der Stadt Berlin an zwanzigtausend Männer und Frauen kommunal tätig.

Es ist wenn die kommunale Tätigkeit entschädigt und dadurch der arbeitenden Bevölkerung im weitesten Umfange ermöglicht wird, auf diesen Gebiete mitzuwirken, werden immer noch politisch nicht ausreichende Mittel dabei sein, und schon deshalb ist eine solche Kontrolle durch die Arbeiterräte notwendig. Denn die besten Beschlüsse werden durch den Mangel an Personal und Mitteln nicht ausgeführt. Auch die Verwaltungsgänge sind heute zum Teil die geborenen Feinde der Arbeiterräte. Man muß sie die kommunalen Arbeiterräte als Gegenmacht zur Seite stellen.

Wichtig, die Aufgaben der reinen Verwaltung werden nicht mit eigenen Mitteln nicht zufrieden sein. Da ist nicht jedoch durch die Beschlüsse der Arbeiterräte für gebunden haben und über das noch weniger ein festes Gehalt von der reinen Verwaltungsgewalt genommen werden ist, müssen wir uns mit der angestrebten Lösung begnügen und alsdann nach Kräften am weiteren Ausbau dieser Idee mitarbeiten.

Der zweite Teil der Richtlinien bilden unsere Forderungen an die Gemeinden. Die Frage, die sich hier anknüpfen in den Vordergrund drängt, ist die, nach der Aufbringung der Mittel zur Durchführung aller der Forderungen, die wie im Kommunalprogramm aufgestellt sind. Schon im Jahre 1908 bei der Beratung des alten Kommunalprogramms wurde gesagt, wir hätten kein Geld, um es zu bewirtschaften. Darauf habe ich erklärt, daß wir und mit unseren Forderungen nicht nach der Rede zu handeln hätten, sondern nach dem zu handeln, was notwendig ist; die Mittel dazu sind zu beschaffen, aber nicht im historischen Sinn. Auch unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen können wir nicht an eine volle Durchführung unserer Forderungen denken, bevor nicht eine grundlegende Umgestaltung unserer Wirtschaftslage erfolgt ist. Durch Steuern allein sind die notwendigen Ausgaben nicht zu decken. Ganz abgesehen von den Forderungen der Arbeiter, sind durch den Krieg die Einnahmen der Gemeinden im hohen Maße gesunken. Das Einkommen der kommunalen Verbände betrug 1913 ungefähr 20 Milliarden. Es wurden also durchschnittlich 20 Prozent davon hinweggenommen; werden müssen um den jetzigen Bedarf zu decken, bei dem unsere Forderungen nach nicht einmal halb soviel sind. Und jetzt es ohne nicht an, sondern mit keinem Einkommen einen je erheblichen Teil davon wegnehmen. Und aber die Zahl der gegen Einkommen zu gehen ist, um von den unteren Klassen auszugehen, um zu zeigen, kann nur der Sozialismus die für die Höhe der Produktion erforderlichen Einrichtungen auch in der Gemeinde schaffen. Soweit aber innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft Steuern zu erhöhen sind, fordern wir:

Steuern sind nur zu erhöhen als progressive gestaffelte Zuschläge zu denjenigen Steuern des Reichs oder Staats, welche Einkommen, Vermögen oder Erbschaft betreffen, ferner Grundsteuer, Gebäude- und Hausplatzsteuer, wobei durch ausreichende Wohnungsfürsorge die Ueberwälzung auf den Mieter verhindert werden muß. Andere Steuern kommen nur insoweit in Betracht, als sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht belasten.

Bei jeder Steuer muß man sich klar sein, daß sie von dem wirtschaftlich Schwächsten getragen wird, wenn sie auf ihn abgewälzt werden kann. Dies trifft besonders auf die indirekten Steuern auf Lebens- und Genussmittel zu. Die Grundsteuer ist zwar eine indirekte Steuer, wirkt aber wie eine direkte, wenn sie der Grundbesitzer tragen muß. Freilich, sobald Wohnungsmangel herrscht, wird sie der Hauseigentümer ohne weiteres auf den Mieter abwälzen. Mit der Aushebung bestehender Steuern dieser Art muß man sehr vorsichtig sein, weil dies ein blankes Geschenk an den Grundbesitzer sein kann, wenn man nicht gleichzeitig den Vermierern zwingen kann, die Mieten entsprechend zu ermäßigen.

Die Gemeinden stehen auch in Bezug auf Steuererhebung mit gebundenen Händen da. Das Kommunalabgabengesetz vom 18. November 1908 erlaubt nur Zuschläge zur Einkommensteuer, nicht zu anderen Besteuerungen. Zugsteuer aber, wenn sie wirklich Zugsteuer sind, bringen nichts ein, weil die Zahl der Steuerpflichtigen klein ist, und alle anderen sind nur sekundäre Zugsteuer und bedecken als indirekte Steuern die ärmere Bevölkerung.

Anderer Einnahmen können die Gemeinden sich durch Uebernahme selbständiger Wirtschaftsbetriebe verschaffen, deren Nutzen fällt in den Gemeindefiskus. Aber auch diese Einnahmen können nicht auf Kosten der ärmsten Bevölkerung erzielt werden.

Deshalb sage ich in den Richtlinien:

Gemeindevorstände dürfen nur, soweit sie nicht allgemein notwendigen Bedürfnissen dienen, Hohe oder Gebühren erheben, bei denen Lebensbedürfnisse erzielt werden.

Das haben sich in der alten Partei zwei Richtungen gegenüber. Einem man versteht den Standpunkt, daß der „Kommunalabgabengesetz“ keine Lebensbedürfnisse abdecken dürfen, während die Gemeindevorstände von 1908 „mäßige Gebühren“ erheben dürfen. Auf jeden Fall sind alle Ueberwälzungen zu vermeiden, welche der öffentlichen Verwaltung, der Volksgesundheit und der Hygiene für die Arbeiter dienen. Namentlich aber ist der öffentliche Verkehr bei solchen Ueberwälzungen, die nur zur Uebernahme von Gütern dienen, wobei für die Arbeiterklasse keine Ueberwälzungen eintreten sind, z. B. bei den Ueberwälzungen durch Arbeiterfaktoren.

Unter den wirtschaftlichen Aufgaben der Gemeinde steht an der Spitze die kommunale Verwaltung von Wasser, Gas, Elektrizität. Die Richtlinien stellen hierüber folgende Forderungen auf:

Alle gewerblichen Unternehmungen, die allgemein notwendigen Bedürfnisse der Gemeinde dienen, sind ausschließlich von der Gemeinde zu betreiben, soweit sie nicht von einem anderen Verband (Kreis, Staat oder Reich) bereits sozialisiert sind, insbesondere:

a) die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, Brauereimaterial;

b) das Verkehrsnetz (Posten- und Fernverkehrsnetze durch Postämter, Straßenbahnen, Kleinbahnen) und zwar innerhalb des Gemeindegebietes als auch in seinem nächsten Umkreis;

c) Abwasser, Abfall, Beseitigung, Beseitigung und Verwertung von Nahrungs- und Genussmitteln durch Schlächtereien, Markthallen, gemeindliche Müllabfuhr, Mülldeponien, Beseitigung von Vieh, Fleck- und Leuchtstoffen, Schlachtabfällen, Abwässern, Spinnabfällen;

d) Beseitigung von Abfallstoffen des Verkehrs der Gemeindeverwaltung;

e) Brauerei-, Zerklein- und Anschlagwerke;

f) Kalkbrennerei;

g) Beseitigung durch Gemeindefaktoren;

h) Feuerwerkfabrik;

i) Spinnerei;

k) Brauereimaterial.

Das von der Kapitalverwaltungskommission entworfene Programm, das von der Reichsregierung noch immer nicht der Ratifizierung vorgelegt wurde, habe ich darin bemerkt, daß es die Beseitigung der Versorgung von Wohnstätten des Reichs der Gemeindeverwaltung in eigenen Betrieb zu übernehmen, also alle die Wasserwerke zum Bau von Kanälen, die Einrichtungen der Kanalschlüsse, Schulen, Krankenhäuser und dergl. mehr. Ferner bestimmt es, daß der Staat der Gemeinde für das Wasser- und Abfallwesen.

Die Uebernahme des Betriebes von Wasserwerken und Kanalschlüssen ist ein Schlag gegen die kapitalistischen Interessen der jetzigen Zeitungen, die hauptsächlich des Staatens aus den Angelegenheiten ziehen, unmöglich machen, so wie sich den Arbeiterpartei, denen solche Interessen nicht zufallen, unzulässig Konkurrenz zu bereiten. Außerdem können die Gemeinden sich dadurch und ebenso auch, wie von mir vorgeschlagene Forderungen und den Geldverlust durch die Kapitalisten gewinnbringend verschaffen.

Es ist bei der Zeit deutlich genug gesagt, wie notwendig die Kapitalisierung auf diesem Gebiete ist. Die Gemeinden haben in Zukunft die Verpflichtung, die Wasserversorgung in vollständigem Maße auch selbst zu produzieren und ohne vorübergehenden Hilfsmittel den Verbrauchern zugänglich zu machen.

Man wird vielleicht einwenden, wenn bei der kommunalen Verwaltung beachtet werden soll, daß keine indirekte Ueberwälzung bei der Produktion entsteht, welcher Vorteil springt denn für die Gemeinde heraus? Dazu, daß man den Uebernehmer den Betrieb dann kann man das Einkommen, welches er daraus zieht, wenigstens bekennen.

Dem ist entgegenzusetzen, daß Sozialisten nicht, um Profit zu machen, sondern um durch Zusammenfassung der Produktion unter Uebernahme sozialistischer Verwaltung die Produkte zu übergeben. Dadurch, daß die Preise auf diese Weise herabgemindert werden, wird die Ueberwälzung der arbeitenden Bevölkerung gegeben und das ist das eigentliche Ziel.

Die Richtlinien haben immer die kommunale Verwaltung der Wohnstätten im Auge.

a) Die Gemeinden haben immer die kommunale Verwaltung der Wohnstätten im Auge, wobei die auf dem öffentlichen Gebäude erworben, um sie gemeinnützig zu verwenden.

1. Die genügende Anzahl von Wohnungen durch Eigenbau zu sorgen, wobei gesunde Beschaffenheit und Schönheit der Häuser und Wohnräume zu berücksichtigen, sowie die für gemeinschaftliche Bewirtschaftung der Bewohner erforderlichen Einrichtungen (insbesondere gemeinsame Koch-, Wasch- und Badeeinrichtungen) zu treffen sind.

für Bedüge sind besondere Bedügnheime zu errichten.

c) Die Wohnungsmisstände und Wohnungsvermittlung unterteilt gemeindlichen Wohnungämtern; sie haben Vorschriften über Mietpreise, Beschaffenheit und Kündigung der Wohnungen und die zulässige Zahl ihrer Bewohner zu erlassen.

Durch den Krieg hat die Wohnungsnot herbeigeführt. Staat und Reich müssen schleunigst durch Gesetz den Gemeinden die Möglichkeit schaffen, den Wohnungsbau zu kommunalisieren. Denn nicht allein an den Gemeindeverwaltungen liegt es, wenn hier nicht energisch durchgegriffen wird. Ohne ein die Interessen der Volksmassen währendes Enteignungsrecht ist nichts zu erreichen. Denn Grund und Boden müssen zum gemeinen Best bezeichnagmt werden können, dies ist die erste Voraussetzung für die Kommunalisierung. Möchten die Gemeinden die Grundstücke zu den jetzt üblichen Preisen kaufen, dann wäre dies nur von Vorteil für die Grundbesitzer, nicht für die Kommunalisierung. Die Forderung von Einrichtungen für die gemeinschaftliche Bewirtschaftung ist von Vorteil bereits in seiner "Form" erhoben worden. Es ist Verwendung von Zeit, Kraft und Material, wenn jeder sein Süppchen für sich kocht, seine Wäsche wäscht usw. Rassenpeisungen brauchen durchaus nicht so schlecht zu sein wie heutzutage, wo es an allem fehlt. Die Massenpeisungen in guten Hotels und Restaurants beweisen, wie wenig die Qualität darunter zu leiden braucht.

Die Lösung der Wohnungsfrage schließt zugleich die Lösung wichtiger anderer Fragen ein. Die Volksgesundheit wird gehoben, die sittliche Verwahrlosung der Kinder eingedämmt. Falch wäre es, zu glauben, durch die Verlegung großer Wohnungen wäre viel zu bessern. Die Zahl der wirklich in Betracht kommenden Wohnungen dieser Art ist viel zu gering. Deshalb muß mit dem Bau neuer Wohnungen rasch vorgegangen werden. Allerdings bildet hier der gegenwärtige Mangel an Baumaterial eine große Erschwerung.

Auf sozialpolitischen Gebiete haben die Gemeinden soweit nicht durch Reich oder Staat ausreichende Einrichtungen geschaffen sind) sich in folgender Weise zu betätigen:

1. Die Gemeinden haben Arbeitsämter zu errichten, welche die sozialpolitischen Interessen der im Gemeindebezirk anlässigen Arbeiter, und zwar der in Gemeinde- wie in Privatunternehmungen unter Mitwirkung der Arbeiterräte wahrnehmen, insbesondere durch Arbeitsnachweise, Arbeitskassette, Gewerkschaftsfürsorge, Auskunsterteilung und Rechtschutz.

Auch haben sie die den Gemeinden übertragenen Durchführung der Arbeiterbeschäftigungen unter Mitwirkung der Betriebsräte zu übernehmen.

2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Gemeindeunternehmungen und bei Aufträgen der Gemeinden an Privatunternehmer (Submissionen) müssen den durch die bestehenden Arbeitervereinigungen festgesetzten Bedingungen entsprechen.

Diese Aufgaben brauche ich hier nicht näher zu erläutern, sie entsprechen den alten Forderungen der Sozialdemokratie, nur daß wir jetzt die Mitwirkung der Betriebsräte verlangen. Besonders erwähnt muß noch werden, daß gerade gegenwärtig wieder die angebliche Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als Mittel zur Durchführung reaktionärer arbeitserföndlicher Pläne benutzt wird, daß der Sicherheitsdienst in den Gemeinden ausschließlich durch sie selbst durchzuführen ist. Die Richtlinien fordern:

Der Sicherheitsdienst der Gemeinde ist allein durch angestellte Sicherheitsmannschaften und unter Beschränkung auf nur polizeiliche Zwecke auszuüben.

Die jetzt vielfach von bürgerlicher und militärischer Seite begünstigten Einwohnerwehren müssen wir ablehnen.

Eine Neuordnung bringen die Richtlinien auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege durch Errichtung eines Wohl-fahrtsamts.

Die gesamte gemeindliche wie private Wohlfahrtspflege ist einem Wohlfahrtsamt zu unterstellen, dessen Aufgabe die Jugendpflege und die Armenpflege ist.

Der bisherigen Armen- und Waisenfürsorge hatet der Mafel des Amosens an. Wir fordern das Hilfswerk als soziale Pflichterfüllung der Gemeinden und als ein Recht der Pflieglinge. Deshalb sind auch die Zeichnungen Anstalt und Haus ersetzt durch das trausliche Wort: Heime. Die Aufgaben-gebiete des Wohl-fahrtsamts gliedern sich in ein Jugendamt für Pflege und Fürsorge aufwichtsloser und gefährdeter Kinder und Jugendlicher bis zu ihrer Volljährigkeit, in Waisenfürsorge, Armenpflege und Altersheime.

Selbstverständlich brauchen kleinere Gemeinden nicht einen solchen bis ins einzelne gegliederten Verwaltungssapparat. Aber der Grundgedanke, daß die Fürsorge für Jugendliche, Waisen, Arme und alte Leute als eine Wohlfahrts-einrichtung zu betrachten ist, muß überall zum Ausdruck kommen. Wesentlich ist auch daß zur Pflege auch Kräfte, namentlich Krankenärzte herangezogen werden, denn ein nicht unbeträchtlicher Teil der Fürsorge-sachlinge ist erblich belastet mit nervösen Störungen, die nur von geschulten Psychiatern und Neurologen erkannt und gebessert werden können.

Wenigste Aufgaben erwachsen gerade jetzt, wo das arbeitende Volk endlich sich den Weg bahnt, um für seine Klasseninteressen zu wirken, auch den Gemeinden auf dem Gebiete der Erziehung und Bildung. Das Schulwesen bedarf einer Umgestaltung von Grund auf. Unsere alte Forderung der weltlichen Einheitschule, des Aufstiegs jedes Begabten ohne Rücksicht auf seine Vermögensverhältnisse, die wissenschaftliche Durchbildung der Lehrer und des Unterrichtssystems, das alles sind bringende Aufgaben, um aus dem bisherigen Äfchenbrödel Volks-

schule eine wirkliche Bildungsschule für die Kinder des Volkes zu machen. Zusammenfassend sollen diese Aufgaben werden durch ein Erziehungsamt zur Schaffung, Pflege und Ausgestaltung der für die körperliche und geistige Ausbildung der Jugend erforderlichen Einrichtungen.

Daß die jetzige Regierung sogar auf diesem Gebiete alle sozialistischer Forderungen verweigert und mit der Befestigung des Religionsunterrichts und der geistlichen Sanktaufsicht nicht ernst macht, ist beschämend. Wir fordern, daß nur die Wissenschaft zu entscheiden hat, ob und wie das Wissen zu verbreiten ist. Deshalb fordern die Richtlinien auch die Heranziehung wissenschaftlicher Gutachter bei allen pädagogischen Fragen und daß nur dem begabten, nicht aber dem ungeliebten Zahlungsfähigen Lehrling höherer Schulen gestattet sein soll.

Für die Bildung Erwachsener stellen die Richtlinien Forderungen auf, die jetzt endlich der Erfüllung entgegengekommen werden müssen.

Eine sorgfältige Ausgestaltung erfordern auch die Einrichtungen der Gemeinden auf dem Gebiete der Gesundheits- und Krankenpflege, die sich in die Aufgaben für Gesunde und Kranke gliedern und gemeinsam von Gesundheitsämtern überwacht werden.

Bei der Fürsorge für Kranke fordert das Erfordernis des Sozialdemokratie von 1891 "Unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel." Die jetzige Ausdehnung der Krankenversicherung macht es erforderlich, daß die Unentgeltlichkeit der Hilfeleistung nur für unentgeltliche Krankenversicherung gefordert wird, solange nicht durch Reich oder Staat ausreichende Fürsorge für alle Kranken getroffen ist. Außer Krankenhäusern ist für ambulante Genesungs- und Erholungsheime, Heime für Lungentranke, Kranke, Nervenkranke Sorge zu tragen, um die notwendige ärztliche Behandlung und Krankenpflege hat sich auf die in ihrer Wohnung verbleibenden Kranken zu erstrecken.

Weitere Aufgaben der Gesundheitsämter sind die Gesundheitsaufsicht, die Nahrungsmitteluntersuchung, das Reinigungswesen und das Bestattungswesen.

Dies sind in großen Zügen die Grundzüge, die mich bei der Fassung der Richtlinien leiteten. Demnächst werde ich in einer ausführlichen Einzelheiten der Durchführung dieses Programms eingehen. Die Richtlinien sind bereits bei der Verlagsgesellschaft "Freiheit" erschienen.

In den Gemeindeverordnungen, denen jetzt eine so große Anzahl neuer Mitarbeiter rufen urfern Reichs zugestimmt ist, besteht es einer sorgfältigen und gründlichen Prüfung der großen und kleinen Gebiete, auf denen wir für die Interessen der Arbeiterschaft tätig sein müssen. Möchten diese Richtlinien den Genossen und Genossinnen eine Hilfe in ihrem verantwortungsvollen Amt werden und bieten.

A. Wahlkreis U. S. P.

Heute Freitag, den 20. Juni

Neuwahl des Vorstandes

in folgenden Solalen hat:

Hoffmann, Stralauer Allee 17	Kühn, Böhmer Str. 10
Stroth, Niggard Str. 95	Hennmann, Samariterstr. 13
Stroth, Strahlmannstr. 20	Mückel, Friedeburger Str. 1
Hoffmann, Stralauer Allee 17	Kühn, Böhmer Str. 10

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum April seine Beiträge entrichtet hat. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr abends und endet um 8 Uhr. Das Wahllokalsbureau befindet sich bei Hoffmann, Subcner Straße 6.

U. S. P. D. Berlin-Wilmersdorf.

Mitglieder - Versammlung

Freitag, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Wilmersdorf-Gymnasiums, Pfalzburger Straße 30/31.

Tagesordnung:

1. Lügenpolitik und Gewaltfrieden
2. Parteiangelegenheiten.

Referent: Genosse Dr. Gumbel.

Der Vorstand.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Freitag, den 20. Juni 1919, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Musiker-Bereinsbauers, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31

Versammlung

aller in den Kaufhäusern Groß-Berlins beschäftigten Verbandmitglieder.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit der provisorischen Erntungs-Untersuchung Kommission.
2. Bericht der Erntungs-Untersuchung Kommission.

Rechtsanwalt Grödelmann als Referent.

Sektion der Waren- u. Kaufhaus-Angestellten

Freitag, den 20. Juni 1919, abends 7 Uhr, in Böders Fehlfäden, Weberstr. 17:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Der Streit um die Besetzung der Vorstandsposten.
2. Stellungnahme zum Reichstag.

Mieter wachet auf!!!

Große öffentliche Mieter-Versammlung

gegen den Mietwucher am Freitag, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Aula, Dresdener Str. 118.

Referat: Berlin Notstandsbeziehl.

Was bedeuten die Paragraphen 5 u. 6. Referent: Ingenieur E. Antz, Vorsitzender der Ortsgruppe Treptow.

!! Mieter erscheint in Massen!! Freie Aussprache für Mieter.

Mieterbund Groß-Berlin E. B. W. 35, Potsdamer Straße 56.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin, D. 54, Lützenstr. 83-85.

Montag, den 23. Juni 1919:

Bezirks = Versammlungen

für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Solalen:

Nordost: Marus-Säle, Röllcher, 142, abends 6 Uhr	Nordwest: Hütteners Pass, Schwedter Straße 23, abends 7 Uhr
Westend: Schülsch, Grünhofer Straße 3, abends 7 Uhr	Mitte: Aula der Kaiser-Oberrealschule, Bürgelstraße 2, abends 7 Uhr
Alt-Hakenberg: Dohmann, Kohnstr. 4, abends 7 Uhr	Westend: Schöneberg, Freytag: Neue Rathausstraße, Sajoneberg, Mariin-Kath.-Str. 63, abends 7 Uhr
Osten u. Nordosten: Communis-Säle, Remeler Str. 67, abends 6 Uhr	Südwest: Aula des Realgymnasiums, Barlaue, abends 7 1/2 Uhr
Stroth: Germania-Säle, Streifen-Nach, abends 7 Uhr	Westend: Zum Pflöthen, Bohmer Allee (Gde. Hedder), abends 6 Uhr
Südwest: Zum Pflöthen, Bohmer Allee (Gde. Hedder), abends 6 Uhr	Südwest: Gewerkschafts-Saal, Engel-Nach 18, (Soal 4), abends 7 Uhr
Südwest: Gewerkschafts-Saal, Engel-Nach 18, (Soal 4), abends 7 Uhr	Westend: Mariin-Kath.-Str. 63, abends 7 Uhr
Westend: Mariin-Kath.-Str. 63, abends 7 Uhr	Südwest: Gewerkschafts-Saal, Engel-Nach 18, (Soal 4), abends 7 Uhr

Centralverband der Handlungsgehilfen

Freitag, den 20. Juni 1919, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Musiker-Bereinsbauers, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31

Versammlung

aller in den Kaufhäusern Groß-Berlins beschäftigten Verbandmitglieder.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit der provisorischen Erntungs-Untersuchung Kommission.
2. Bericht der Erntungs-Untersuchung Kommission.

Sektion der Waren- u. Kaufhaus-Angestellten

Freitag, den 20. Juni 1919, abends 7 Uhr, in Böders Fehlfäden, Weberstr. 17:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Der Streit um die Besetzung der Vorstandsposten.
2. Stellungnahme zum Reichstag.

Osten Mieter-Versammlung

am Freitag, den 20. Juni, abends 7 Uhr, in der Aula, D., Petersburger Str. 4.

Nichts getan gegen Wohnungsnot und Mietswucher.

2. Mieterliste.

Referent: Felix Dösch, Dennis Nach. Einreichung gegen keinen Eintritt. - Freie Aussprache.

Er scheint in Massen.

Mieterbund Gr.-Berlin, W. Potsdamer Str. 56.

Manufaktur - Proh

Schmalzbohrer

Schmalzbohrer, nur neue, Schmirgelleinen jedes Posten kauft Heuschel, Rostocker Straße 22, Moabit.

Schmalzbohrer, neu, Schmirgelleinen, Schreibmaschinen jedes Posten kauft Zimmer, Moabit, Wittstocker Str. 19, Quergeb. I.

Schmalzbohrer, neu, kann in jedem und zahlt höchste Preise. Stöber, Pankow, Westerlindstr. 18.

Schmalzbohrer, neu, kauft jeder Posten. Schlickeiser, Lange Str. 13, Eingang Kreuzstr.

Schmalzbohrer, neu, kauft jeder Posten. Schlickeiser, Lange Str. 13, Eingang Kreuzstr.

Schmalzbohrer, neu, kauft jeder Posten. Schlickeiser, Lange Str. 13, Eingang Kreuzstr.

Schmalzbohrer, neu, kauft jeder Posten. Schlickeiser, Lange Str. 13, Eingang Kreuzstr.

Polverfabrik Spandau.

Die Auszahlung der 60 % Beibehaltung an diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche eine Beibehaltung nach hier eingereicht haben, erfolgt am Sonntag, den 21. Juni 1919, vormittags 11 Uhr in den Spezialen am Tor III.

Die Direktion.

H. Kochl. u. H. Wede.